

Energie & Zukunft

Ausgabe 2



Seite 3... Moderne Wirtschaft - Veraltetes Steuersystem

Seite 4 ... Arbeitsplätze und Soziale Gerechtigkeit - Aber wie?

Seite 15... Was kann der Staat gegen Massenarbeitslosigkeit tun

Seite 17... Umsteuern durch Energiesteuern

Informationskreis zukunftsfähiges Steuersystem
des Solarenergie-Fördervereins Deutschland e.V.



Wichtige Vorab-Information

In dieser Ausgabe der Energie & Zukunft geht es NICHT um die Markteinführung der Solarenergie, sondern um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Das bisherige Konzept ständigen exponentiellen Wirtschaftswachstums stößt in einer real begrenzten Welt auf unauflösbare theoretische Widersprüche und lässt sich auch in der praktischen Anwendung offensichtlich schon jetzt nicht mehr durchhalten. Deshalb gilt es, die eingefahrenen Gleise zu verlassen.

Der Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. (SFV) stellt ein anderes Konzept vor, an dessen interdisziplinärer Erstel-

lung Volkswirtschaftler, Physiker, Mathematiker und Ingenieure gemeinsam gearbeitet haben.

Wir bitten unsere Mitglieder und Freunde, die Idee weiter in die Öffentlichkeit zu tragen. Dazu haben wir drei Aufsätze zum Thema gründlich aktualisiert und in diesem Sonderheft zusammengefasst. Sie können weitere kostenlose Exemplare dieses Heftes anfordern. Sie können sich auch durch eine Spende an der Fortsetzung der Aktion beteiligen.

Sie können Vortragsveranstaltungen organisieren und beim Solarenergie-Förderverein Deutschland einen Referenten einladen.

Mehr Informationen?

Rundmails (kostenlos)

- Energiemails zu allgemeinen Fragen der Energiewende und der Energiebesteuerung zur Verminderung der Arbeitslosigkeit
- Betreibermails zu technischen, rechtlichen und steuerlichen Problemen der Solaranlagenbetreiber
- Pressemitteilungen zu allgemeinen Fragen der Energiewende und der Energiebesteuerung

Zeitschriften

- Energie & Zukunft:
(kostenlos, auch mehrere Exemplare möglich)
Spende willkommen - siehe Impressum
- Solarbrief - vierteljährliche Zeitschrift des SFV
(Werbeexemplar anfordern!)

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel: **Fax**

E-Mail:
(bitte deutlich schreiben)

Per Post, Fax oder E-Mail an:

Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V., Herzogstr. 6,
52070 Aachen, Fax: 0241-535786, zentrale@sfv.de

Impressum

Energie & Zukunft: Sonderheft des Solarbriefs

Ausgabe 2
Aktualisierte Fassung des Solarbrief-Sonderhefts „Arbeitsplätze und Soziale Gerechtigkeit - Aber wie?“ (6. Auflage)

ISSN 0946-8684

Herausgeber:

Informationskreis zukunftsfähiges Steuersystem
des Solarenergie-Fördervereins Deutschland e.V. (SFV)
Herzogstraße 6, 52070 Aachen
Tel.: 0241 / 51 16 16, Fax: 0241 / 53 57 86
E-mail: zentrale@sfv.de, Internet: <http://www.sfv.de>

Fordern Sie weitere kostenlose Exemplare an!

Spenden sind willkommen. Spendenquittungen werden auf Wunsch zugesendet.

SFV-Mitgliedschaft:

Jahresbeitrag: 61,36 Euro (ermäßigt: 23,01 Euro)

Bankverbindung:

Pax-Bank Aachen, BLZ 370 601 93, Kto.: 100 541 50 19

Beiträge von: Wolf von Fabek, Dr. Jürgen Grahl,

Layout: Susanne Jung

Erscheinungsdatum: Februar 2007

Druckerei: Zypresse Aachen

1. Auflage (2004): 5000 **2. Auflage (2004):** 1000
3. Auflage (2005): 6000 **4. Auflage (2005):** 5000
5. Auflage (2005): 2000 **6. Auflage (2007):** 2000



Moderne Wirtschaft - Veraltetes Steuersystem

Editorial von Wolf von Fabeck

Manchmal gelingt aus einer anderen Perspektive ein erhellender Blick auf schwierige Zusammenhänge. Was bisher unendlich kompliziert erschien, wird plötzlich durchsichtig und begreifbar. So geht es uns Fachleuten aus der Solarszene, wenn wir uns nicht nur für die Gewinnung, sondern auch für die Verwendung von Energie interessieren und einen Blick in das komplizierte Räderwerk der Wirtschaft tun. Den Ingenieur interessiert natürlich besonders deren Antriebsmaschine.

Der Antrieb unserer Wirtschaft erfolgt - wie sich das für eine moderne Maschinerie gehört - längst nicht mehr durch Sklaven oder Galeerensträflinge, durch Zugochsen oder durch Pferdegespanne, und kaum noch durch die Muskelkraft der Arbeiter, sondern fast ausnahmslos durch Energie, nämlich Öl, Kohle, Erdgas und Strom aus den unterschiedlichsten Quellen. Und die Grundstoffe und Halbzeuge, die in den vielfältigen Unternehmen unserer Volkswirtschaft zu fertigen Produkten umgeformt werden, werden nur noch selten vom fleißigen Köhler im wilden Wald, vom wettergegerbten Steinhauer im Steinbruch oder von der emsigen Spinnerin auf dem Heidschnuckenhof bereitgestellt; sie werden vielmehr in den großen Werken der Grundstoffindustrie aufbereitet, in der Aluminiumschmelze, im Kabelwerk, in der Zementfabrik, in der Großchemie; ebenfalls mit Hilfe von Energie. Der bisherige „Produktionsfaktor Arbeit“ wird - so stellen wir fest - zunehmend ersetzt durch den Produktionsfaktor „Energie“.

Und nun die große Überraschung: Alle bei uns im Lande wissen, woher die Betriebe ihren Lebenssaft bekommen. Alle wissen, dass Energie unsere Wirtschaft in Gang hält, doch das Finanzamt besteuert weiterhin - als lebten wir noch in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts - den fleißigen Lohnarbeiter, den geschickten Handwerker, die aufopfernd pflegende Krankenschwester - und lässt die Energie im Wesentlichen ungeschoren. Doch, so ist es: Die Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuer und aus den Sozialabgaben betragen weit mehr als das Zehnfache der Einnahmen aus der Energiebesteuerung. Energie wird viel zu gering besteuert!

Unserem modernen Wirtschaftssystem steht also ein lächerlich veraltetes Steuersystem gegenüber. Und die Konsequenzen daraus sind verheerend.

Die ursprüngliche Idee der Lohn- und Einkommensteuer war es, die benötigten Gelder für die Staatsfinanzierung dort abzuschöpfen, wo die Wirtschaft ihren Antrieb hernahm; nämlich beim „Produktionsfaktor“ Arbeit. Doch weder die Wirtschaftswissenschaftler noch die Steuerfachleute haben die Konsequenzen daraus gezogen, dass für viele Bereiche der Wirtschaft heut-



Wolf von Fabeck ist Diplom-Ingenieur für Maschinenbau und Geschäftsführer des Solarenergie-Fördervereins Deutschland e.V.

Als Fachmann für Energiefragen wirft er hier im Sinne interdisziplinärer Zusammenarbeit einen kritischen Blick auf unsere Volkswirtschaft.

zutage andere *Produktionsfaktoren* wichtiger geworden sind als die menschliche Arbeitskraft, nämlich der Einsatz von Energie.

Wie weit sich inzwischen die Gewichte zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Energie auf der Nützlichkeitskala verschoben haben, zeigen wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen z. B. von W. Eichhorn und R. Kümmel. Im Durchschnitt über die gesamte Volkswirtschaft gilt danach Folgendes: Die Steigerung des Energieeinsatzes um einen kleinen Prozentsatz, z.B. ein Prozent, wirkt sich auf das Unternehmensergebnis fünfmal besser aus, als wenn man das Personal um ein Prozent aufstocken würde. Hingegen kostet diese Steigerung des Energieeinsatzes nicht einmal ein Zehntel so viel wie die Aufstockung des Personals um ein Prozent.

Kurz gesagt: Energieeinsatz lohnt mehr und wird weniger besteuert als die Beschäftigung von Personal. Da ist es kein Wunder, dass Unternehmer personalintensive Betriebe schließen und dass die Börsen die Ankündigung von Massenentlassungen durch steigende Aktienkurse belohnen. Da ist es auch kein Wunder, dass die Arbeitgeber mit zunehmender Härte fordern, alle Schutzvorschriften, die sie bei der „Freisetzung“ von Arbeitskräften behindern, wieder außer Kraft zu setzen. Und da ist es auch kein Wunder, dass die Arbeitslosigkeit von Jahr zu Jahr zunimmt und die Finanzierung der Staatsaufgaben - insbesondere des Bildungssystems und der sozialen Sicherungssysteme - immer fraglicher werden, weil ihnen die Steuerzahler abhanden kommen. Denn Arbeitslose zahlen keine Steuern mehr und erbringen keine Leistungen zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme.

Deshalb empfiehlt der SFV die Heranziehung der „Energie“ anstelle der „Arbeit“ zur Finanzierung der Staatsaufgaben und der sozialen Sicherungssysteme.

Der folgende Artikel begründet diesen Vorschlag ausführlicher. Der Artikel von Dr. Jürgen Grahl ab Seite 12 befasst sich mit den wissenschaftlichen Grundlagen.



Arbeitsplätze und Soziale Gerechtigkeit - Aber wie?

Nicht der technische Fortschritt, sondern das Steuer- und Abgabensystem sind Ursache der Massenarbeitslosigkeit - Ein Vorschlag zu ihrer Beseitigung

Von Wolf von Fabeck

Vorbemerkung

Dieser Beitrag entstand im Zusammenhang mit Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen, die der Autor zum Thema „Arbeitsplätze und Soziale Gerechtigkeit“ gehalten hat. Der Öffentlichkeit soll ein Lösungsansatz vermittelt werden, der in interdisziplinärer Zusammenarbeit von Volkswirten, Physikern, Mathematikern und Ingenieuren erstellt wurde und ständig weiter konkretisiert wird. Im Solarenergie-Förderverein Deutschland wurde zu diesem Zweck eigens ein „Informationskreis zukunftsfähiges Steuersystem“ gebildet.

Welche Überlegungen bestimmen den Vorschlag des Informationskreises zukunftsfähiges Steuersystem?

Die Fortschritte in der Landtechnik, in der Automatisierungs- und Verfahrenstechnik sowie im Computerwesen führen dazu, dass immer weniger Personal für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Verbrauchsgütern und Informationen erforderlich ist. Immer mehr arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen, die für die Güterproduktion nicht mehr gebraucht werden, könnten somit für andere Wirtschaftsbereiche, in denen Personalmangel herrscht, ausgebildet und dort eingesetzt werden, z.B. im sozialen Bereich, in der Krankenversorgung, in der Instandsetzung, in Erziehung, Forschung und Lehre, im Rechtswesen, bei der Strafverfolgung, im künstlerischen Bereich - kurz gesagt in den personalintensiven Wirtschaftszweigen - überall dort, wo eine Automatisierung der Tätigkeit kaum in Frage kommt. Obwohl dort ein dramatischer Mangel an Personal herrscht und obwohl es Millionen von Arbeitslosen gibt, werden dort aber keine neuen Stellen oder Arbeitsplätze geschaffen. Es wird immer offensichtlicher: Dem Staat fehlt zur notwendigen Vermehrung der Stellen in den staatlichen Dienstleistungsunternehmen (z. B. Schule oder Polizei) das Geld, und Kapitalgeber und Unternehmer in der freien Wirtschaft interessieren sich nicht für personalintensive Betriebe.

Der böse Spruch: „Mitarbeiter sind Kosten auf zwei Beinen“ charakterisiert in dieser Hinsicht die Stimmung im Unternehmerlager. Personal ist in Deutschland zu teuer. Personal wird deshalb nicht gerne eingestellt. Ursache ist weniger die Höhe der Nettolöhne, deren Berechtigung kaum angezweifelt wird. Ursache sind vielmehr die gesetzlich vorgeschriebenen hohen Sozialabgaben und die hohe Besteuerung der Löhne und Gehälter. Die Unternehmer müssen ja indirekt letztlich auch die Steuern und Sozialabgaben ihrer Mitarbeiter zusätzlich zum Nettolohn aus ihrem Personaletat bezahlen, womit sich die Personalkosten etwa verdoppeln.

Personalbesteuerung und Sozialabgaben verringern also den Gewinn gerade der personalintensiven Unternehmen. Kapitalgeber bevorzugen deshalb solche Unternehmen, die mit wenig Personal auskommen, in denen die Produktion hauptsächlich durch Maschinen oder technische Anlagen erfolgt, die wir im folgenden unter dem Begriff „Automaten“ zusammenfassen. Automaten werden im Gegensatz zum Personal nicht besteuert oder mit Abgaben belegt. Und die Energie zum Antrieb der Automaten wird vergleichsweise sehr gering besteuert: Die Belastung der deutschen Unternehmen mit Energiesteuern ist 16 mal geringer als die Belastung mit Steuern und Abgaben für Personal.

Belastung der Arbeit

389 Mrd. Sozialbeiträge

124 Mrd. Lohnsteuer

513 Mrd.

513 Mrd.

Belastung der Energie

6,6 Mrd. Stromsteuer

41,8 Mrd. Mineralölsteuer

48 Mrd. (Unternehmen und Privat)

ca. 2/3 des Energieverbrauchs entfällt auf die Unternehmen

32 Mrd.

In dieser Abschätzung sind die zusätzlichen Entlastungen bei der Energiesteuer für energieintensive Unternehmen noch nicht einmal berücksichtigt.

Unser Lösungsansatz - Verlagerung der Steuer- und Abgabenlast vom Personal auf die Energie

Automatisierung macht die Produktion schneller und zuverlässiger („Rationalisierung“) - dies ist technischer Fortschritt im guten Sinne. Dass die Güterproduktion damit gleichzeitig auch billiger und damit gewinnträchtiger wird, ist allerdings nur scheinbar eine Folge der Automatisierung. In Wirklichkeit ist es eine Folge des historisch gewachsenen Steuer- und Abgabensystems.

Wir kommen hier zum Kern des Problems! Wenn wir uns den nicht- oder nur wenig automatisierbaren - also den personalintensiven - Wirtschaftszweigen zuwenden, erkennen wir die Kehrseite der Medaille. Wir bemerken, wie nachteilig sich bei den personalintensiven Unternehmen das Steuer- und Abgabensystem auswirkt. Im Vergleich zu den automatisierbaren Unternehmen werfen die personalintensiven Unternehmen wegen der höheren finanziellen Belastung weniger oder überhaupt keine Gewinne ab. Die Kapitalgeber vernachlässigen deshalb die personalintensiven Unternehmen bis hin zur ersatzlosen Schließung. Da diese Vorgänge seit Jahrzehnten laufend statt-



finden, hat man sich in der Öffentlichkeit weitgehend an sie gewöhnt. Am ehesten fällt im privaten Umfeld noch das Verschwinden der Instandsetzungsbetriebe vom Scherenschleifer über den Schumacher bis zum Fernsehreparaturbetrieb auf. Auch der Personalmangel in den staatlichen Dienstleistungsunternehmen - Schule, Gerichte, Polizei usw. - wird bisweilen schmerzlich wahrgenommen. Diese werden zwar nicht völlig geschlossen, der Staat verweigert ihnen allerdings die dringend erforderliche Aufstockung des Personals, da die Haushaltsmittel nicht ausreichen. Dagegen erhalten in der „freien Wirtschaft“ die Wirtschaftszweige, in denen Automatisierung leicht möglich ist, ein - von den Bedürfnissen der Gesellschaft her nicht begründbares - besonderes Gewicht. Es handelt sich insbesondere um Unternehmen zur Herstellung von Gütern für den Massenkonsum und den automatisierbaren Teil des Dienstleistungsbereichs (Banken, Versicherungen, Kommunikation).

Die fortwährende Verkleinerung und Schließung (auch Abwanderung) von personalintensiven Unternehmen führt zur Massenarbeitslosigkeit. Aus den vorangehenden Überlegungen ergibt sich, dass aber nicht der technische Fortschritt für die Massenarbeitslosigkeit verantwortlich ist, sondern die einseitige Belastung der personalintensiven Unternehmen mit Steuern und Abgaben. Sie ist es, die das Interesse der Kapitalgeber und Unternehmer - stärker als es den wohlverstandenen Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht - auf die automatisierbare Herstellung von Massenprodukten und den automatisierbaren Teil der Dienstleistungsunternehmen lenkt.

Um diese Erkenntnis noch weiter zu vertiefen, lassen Sie uns - zunächst nur in einem Gedankenexperiment - über eine Umkehr der geschilderten Entwicklung nachdenken: Was würde geschehen, wenn der Gesetzgeber nicht das Personal mit Steuern und Abgaben belasten würde, sondern wenn er die für den Antrieb der Automaten unerlässliche Energie mit einer deutlich erhöhten Energiesteuer belegen würde, wenn er also die Steuer- und Abgabenlast vom Personal auf die Energie verlagern würde?

Das Ergebnis wäre überraschend - positiv überraschend:

Wirtschaftszweige, die jetzt im Schatten stehen, weil ihre Aufgaben nicht automatisiert werden können, würden finanziell erheblich entlastet. Ihre wirtschaftliche Bedeutung würde steigen. Dabei handelt es sich größtenteils um gesellschaftlich wichtige Wirtschaftszweige, die sich mit Aufgaben der Zukunftssicherung befassen, nämlich die bereits mehrfach erwähnten Aufgaben Erziehung, Ausbildung, Forschung und Lehre, oder soziale Aufgaben oder Aufgaben der Werterhaltung. Dies alles sind Aufgaben, die - wenn sie mit gutem Erfolg bearbeitet werden sollen - viel Personal benötigen, weil sie sich kaum automatisieren lassen. Dort könnte dann qualifiziertes Personal in großem Umfang eingestellt werden. Unternehmen hingegen, die aufgrund ihres hohen Automatisationsgrades derzeit hohe Gewinne erzielen aber nur wenig Personal beschäftigen, würden erheblich an Rentabilität und wirtschaftlicher Bedeutung verlieren.

Während handwerklich hergestellte Produkte billiger würden, würden die Preise für die industriell hergestellten Billigprodukte des Massenkonsums steigen. Das würde nicht unbedingt von Nachteil sein, wenn sie haltbarer und reparaturfreundlicher hergestellt würden. Im Gegenteil, es würde sich

dann finanziell wieder lohnen, sie instand setzen zu lassen, anstatt sie bei kleinen Defekten gleich wegzuerwerfen. Haltbarkeit und reparaturfreundlichkeit würden wieder zum Verkaufsargument.

Das Interesse der Kapitalgeber und der Unternehmer würde sich dann auf die Vergrößerung und die Neugründung personalintensiver Betriebe - z.B. Instandsetzungsbetriebe, Unternehmen im Sozialbereich, im Ausbildungs und Erziehungsbereich sowie die übrigen oben erwähnten personalintensiven Unternehmen richten. In den staatlichen Dienstleistungsunternehmen könnten wegen geringerer Personalnebenkosten entsprechend mehr Stellen geschaffen werden. Und damit würde im Saldo mehr Personal eingestellt als durch die Automatisierung („Rationalisierung“) bei den automatisierbaren Betrieben verloren geht.

Dieses Ergebnis des Gedankenexperiments zeigt, dass wir mit unserem Vorschlag richtig liegen. Vor seiner endgültigen Konkretisierung zum Ende des Beitrages sollen aber zunächst noch einige Fragen geklärt und Einwände entkräftet werden:

Zwingt uns der technische Fortschritt zum ständigen Wirtschaftswachstum?

In der Öffentlichkeit herrscht die Meinung vor, Arbeitslosigkeit könne nur durch kontinuierliches Wirtschaftswachstum vermieden werden.

Kontinuierliches Wirtschaftswachstum bedeutet, dass das Bruttoinlandprodukt (BIP) jedes Jahr etwas größer ist als im Vorjahr. Das BIP wird in Euro bemessen. Jedes Jahr müssten also mehr und/oder teurere Produkte und Dienstleistungen mit einem in der Summe höheren Preis erzeugt und verkauft werden als im Vorjahr. Qualität und Nutzen der Produkte oder Dienstleistungen werden dabei nicht bewertet. Es handelt sich - das sei noch einmal betont - um ein ausschließlich finanziell gemessenes Wachstum! Preissteigerungen durch die Inflation werden dabei noch nicht einmal mitgezählt; der Vergleich zwischen den BIPs der verschiedenen Jahre erfolgt vielmehr inflationsbereinigt.

Begründet wird der Zwang zum ständigen Wirtschaftswachstum mit dem technischen Fortschritt. Zitat: „*Der technische Fortschritt erweitert die (Produktions-) Kapazitäten. Damit sie weiterhin ausgeschöpft werden, muss mehr produziert werden - die Wirtschaft muss wachsen*“ (Prof. Dr. Holger Bonus, emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster, Sommer 2005).

Wir sehen das anders. Die hier zitierte Zielvorstellung - immer mehr zu produzieren, zu kaufen und zu verbrauchen - kann unseres Erachtens nur aufkommen, wenn der Blick auf den automatisierbaren Teil der Wirtschaft verengt ist und wenn die mehrfach erwähnten nicht automatisierbaren sozial wichtigen Aufgaben sowie Aufgaben der Zukunftssicherung ausgeblendet werden. Außerdem halten wir es für eine absurde Fehlentwicklung, wenn im Bereich der Güterproduktion nicht der Bedarf der Konsumenten, sondern die Produktionsfähigkeit der Industrie das Tempo des Wachstums vorgeben soll. Wir sehen es nicht per se als Fortschritt an, wenn immer *mehr* oder *teurere* Güter produziert werden, sondern wir erwarten vom Technischen Fortschritt, dass haltbarere, reparaturfreundlichere, energiesparendere, (im Bereich der Lebensmittel auch bekömm-



liche) Produkte erzeugt werden.

Wichtig ist uns hier insbesondere die Erkenntnis, dass technischer Fortschritt und Wachstum nicht dasselbe sind.

Wir sind keine Gegner des technischen Fortschritts, wir begrüßen ihn und erwarten, dass er die Kräfte, das Geld, das Personal und die Muße freisetzt, mit denen die Lösung der gesellschaftlichen Probleme und der Zukunftssicherung in Angriff genommen werden können. Dazu muss jedoch unser Steuer- und Abgabensystem grundlegend geändert werden, weil es derzeit die falschen Anreize gibt.

Altbundespräsident Richard von Weizsäcker ist wohl der erste Politiker von Rang, der es öffentlich als „törichte Idee“ bezeichnet hat, das Problem der Arbeitslosigkeit durch Wachstum lösen zu wollen. (Ansprache auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 2005 in Hannover).

Arbeitslosigkeit entsteht auf unterschiedliche Weise

Die Notwendigkeit, wachstumsunabhängige andere Wege aus der Massenarbeitslosigkeit zu finden, zwingt uns, die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit differenzierter zu betrachten. Insbesondere müssen wir den Unterschied zwischen personalintensiven und nicht-personalintensiven Wirtschaftszweigen genauer beachten. Und wir scheuen uns nicht - anders als das in der reinen Volkswirtschaftslehre üblich ist - eine Wertung nach gesellschaftlichen Gesichtspunkten mit einzuschließen.

• 1. Substitution von Menschen durch Maschinen und Automaten

Arbeitslosigkeit entstand früher fast ausschließlich dadurch, dass Menschen durch Maschinen oder Automaten ersetzt wurden, die ihnen schwere körperliche oder monotone Arbeit abnahmen. Beispiel: Der Bauunternehmer schaffte einen Baukran und eine Betonmischmaschine an und kam deshalb mit weniger Personal aus.

Kennzeichnend für diese direkte Substitution der Arbeitskräfte durch Maschinen oder Automaten ist die Tatsache, dass mit ihrer Hilfe der Unternehmenszweck noch besser verfolgt werden kann.

• 2. Schrumpfung personalintensiver Betriebe, Zunahme automatisierter Betriebe

Heute entsteht Arbeitslosigkeit allerdings häufig auf völlig andere Weise.

2 a. Personalintensive Unternehmen - zumeist im Dienstleistungsbereich - wandern ab, werden geschlossen, oder werden verkleinert. Es ist nicht die Rede davon, dass der Unternehmenszweck noch besser erfüllt wird; im Gegenteil! Die bisher angebotene Dienstleistung fällt ersatzlos weg. Reparaturbetriebe und Instandsetzungswerke verschwinden, die Zahl der Lehrer im Schulwesen und die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter an den Hochschulen wird vermindert, Forschungsabteilungen werden verkleinert. Sogar die Qualitätskontrolle wird vernachlässigt. Der ungeheure Image-Schaden, den Daimler-Chrysler durch seine letzte Rückrufaktion international erlitten hat - Probleme beim Bremssystem (!) - hätte durch eine intensivere Qualitätskontrolle vermieden werden können. Sinfonieorchester verschwinden. Bei der Kriminalpolizei wer-

den Stellen eingespart und Suchtberatungsstellen werden geschlossen, obwohl die Zahl der Süchtigen zunimmt. Die Struktur des Wirtschaftslebens und des sozialen Lebens verändert sich zu dessen Nachteil. Kennzeichnend ist die Tatsache, dass mit dem Schrumpfen oder Aussterben der personalintensiven Wirtschaftszweige auch ihre Aufgaben vernachlässigt oder überhaupt nicht mehr wahrgenommen werden. Dabei werden die bisherigen Mitarbeiter arbeitslos.

2 b An völlig anderer Stelle des Wirtschaftslebens dagegen - und völlig ohne Zusammenhang mit dem unter 2 a beschriebenen Verschwinden personalintensiver Betriebe - nehmen Produktion und Konsum von weitgehend automatisiert hergestellten Massenverbrauchsgütern zu. Aufgrund der Automatisierung entstehen dort trotz des Wachstums aber kaum neue Stellen.

Da beim Rückgang der personalintensiven Betriebe mehr Stellen verloren gehen als beim Aufwachsen der automatisierten Betriebe hinzukommen, nimmt insgesamt die Zahl der Stellen ab.

Die unter 1. genannte Erleichterung schwerer körperlicher oder monotoner Arbeit ist als Befreiung von unnötiger Plackerei - als technischer Fortschritt im guten Sinne - zu begrüßen. Auch der Ersatz von Personal durch Computer stellt in vielen Fällen einen Fortschritt dar.

Die unter 2 a und 2 b beschriebene indirekte Substitution personalintensiver ganzer Betriebe durch automatisierte Betriebe hingegen schafft nicht nur die Massenarbeitslosigkeit, sondern gefährdet darüber hinaus auch noch durch den Wegfall gesellschaftlich unverzichtbarer Dienstleistungen (nach 2 a) die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Mit diesem Problem müssen wir uns weiter befassen.

Hohe Personalkosten als Ursache der Massenarbeitslosigkeit

Schon seit Jahrzehnten laufen in unserem Wirtschaftsleben zwei Anpassungsvorgänge in entgegengesetzter Richtung ab.

- Einerseits schrumpfen und verschwinden ganze Wirtschaftszweige wie Instandsetzung und Handwerk, die Dienstleistungsbetriebe im sozialen und im Bildungsbereich werden reduziert und die staatlichen Dienstleistungsbetriebe - soweit sie als unverzichtbar gelten - werden durch Personaleinsparungen bis zur Funktionsuntüchtigkeit sträflich vernachlässigt.

- Andererseits nimmt der Massenkonsum von Verbrauchsgütern immer weiter zu.

Die Tatsache, dass gerade die erfolgreichen Unternehmen immer wieder Personal in großem Umfang entlassen, deutet darauf hin, dass es sich um eine bewusste Umstrukturierung zur weiteren Verbesserung der Gewinnsituation handelt. Personalintensive Sparten werden verkleinert oder geschlossen. Andere Sparten werden neu eröffnet, die automatisierbar sind. Offenbar - und darüber sind sich alle einig - sind die Kosten für Personal zu hoch und offenbar gibt es die Möglichkeit, auch mit wenig Personal Gewinne (sogar höhere Gewinne) machen zu können.

Automatisierung führt häufig dazu, dass den Menschen anstrengende und monotone Arbeit abgenommen und besser, zuverlässiger durchgeführt wird. Automatisierung wird deshalb ziemlich undifferenziert als Fortschritt betrachtet. Dabei wird



übersehen, dass in manchen Arbeitsgebieten Automatisierung auch einen Rückschritt bedeuten kann, insbesondere bei den am Anfang dieses Abschnitts genannten gesellschaftspolitisch wichtigen Wirtschaftszweigen. Automatisierung erschwert die angemessene Behandlung von Ausnahmefällen. Erzieher oder Ausbilder können nicht mehr differenziert auf die Unterschiede bei ihren Schutzbefohlenen eingehen; das untere Begabungs- oder Leistungsdrittel wird zum Maßstab. In der Forschung würden gerade die Ausnahmen nicht erfasst, die zu wichtigen Erkenntnissen führen können. Im Strafvollzug würde Automatisierung verhindern, dass besserungsfähige von unverbesserlichen Verbrechern unterschieden werden, bei der Krankenpflege vermindert Automatisierung die Zeit, in der sich das Pflegepersonal um die Patienten kümmert. Überall dort, wo Automatisierung ausschließlich dazu eingesetzt wird, Personal (-Kosten) einzusparen, bedeutet Automatisierung keinen Fortschritt, sondern Rückschritt. Dennoch wird Automatisierung zur Personaleinsparung heute auch dort eingesetzt, wo sie die Qualität der Dienstleistung vermindert.

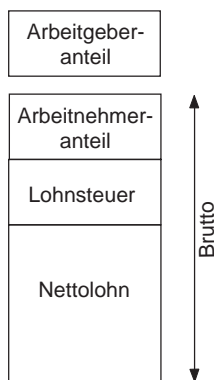
Um zu erkennen, wo sich der günstigste Ansatz zur Verminderung der hohen Personalkosten ergibt, werfen wir einen Blick auf ihre Struktur.

Kontraproduktiv - Umlage der Sozialversicherung auf die Arbeitgeber

Bereits eingangs haben wir angedeutet, dass die hohen Personalkosten sich nicht aus dem Nettogehalt ergeben. Es gibt vielmehr weitere Kosten, die dem Unternehmer entstehen, wenn er Personal beschäftigt; auch die Lohn- und Einkommensteuer der Beschäftigten sowie sämtliche Sozialabgaben stammen ja indirekt aus dem Personalbudget des Unternehmens.

Noch über den tariflich vereinbarten Bruttolohn hinaus müssen die Arbeitgeber knapp 50 % der Versicherungsbeiträge gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und altersbedingte Erwerbslosigkeit bezahlen - den „Arbeitgeberanteil“. Durch diesen Anteil wird die „Stellenbelastung“ um weitere 21 % gegenüber dem Bruttolohn erhöht.

Stand Januar 2007: Rentenversicherung 19,9 Prozent des Brutto-Gehaltes - Arbeitslosenversicherung 4,2 Prozent des Brutto-Gehaltes - Krankenkasse (durchschnittlich) 14,3 Prozent des Brutto-Gehaltes - Pflegeversicherung 1,7 Prozent des Brutto-Gehaltes (wer bereits 23 Jahre alt ist und kein Kind hat, muss zusätzlich 0,25 Prozent zahlen, also 1,95 Prozent)



Die Versicherungsbeiträge sind notwendig und es ist auch richtig, dass sie bei den Unternehmen - sozusagen an der Quelle der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung - erhoben werden. Aber der Schlüssel, nach dem diese Beiträge auf die Unternehmen umgelegt werden, ist schon seit einigen Jahrzehnten nicht mehr zeitgemäß. Er hat eine **NEGATIVE LENKUNGSWIRKUNG**, denn je mehr Mitarbeiter sie beschäftigen, umso höher ist der Beitrag, den die Unternehmen entrichten müssen. Für jeden Mitarbeiter, den sie beschäftigen, müssen Unternehmer den sogenannten „Arbeitgeberanteil“ zahlen. Durch Schließung personalintensiver Betriebe und Eröffnung völlig anders-

artiger automatisierter Betriebe können sie sich von dieser Verpflichtung befreien! Gesellschaftlich erwünschtes Verhalten wird also bestraft, unerwünschtes Verhalten wird belohnt.

Bundesweit beträgt der Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung fast 200 Mrd. Euro und ist damit schwergewichtiger als alle Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer oder der Mehrwertsteuer. Mit dieser geballten finanziellen Wucht werden Arbeitgeber zur Entlassung von Personal geradezu gedrängt.

Eigentlich müsste es umgekehrt geregelt sein. Eigentlich müssten Unternehmer, die nur *wenig* Personal beschäftigen, zum Ausgleich einen umso höheren „Sozialbeitrag“ leisten, um ihrer sozialen Verpflichtung gerecht zu werden. In diese Richtung zielt dann ja auch unser Vorschlag.

In diesem Zusammenhang eine Anmerkung an die Adresse der überzeugten Marktwirtschaftler, die jeden staatlichen Eingriff in das System der Marktwirtschaft als Abweichung von der reinen Lehre betrachten: Auch die bisherige Regelung, dass die Arbeitgeber einen Beitrag zur Sozialversicherung leisten müssen, stellt einen massiven Eingriff in die freie Marktwirtschaft dar. Da diese Regelung jedoch schon über 120 Jahre alt ist (sie stammt aus Bismarcks Zeiten - 1881), hat man sich zumeist an sie gewöhnt. Zu damaligen Zeiten stellte sie einen ungeheuren Fortschritt auf dem Weg von der freien zur sozialen Marktwirtschaft dar. Inzwischen aber erkennen wir auch ihre Nachteile.

Doch nach welchem Bemessungsschlüssel sollen Unternehmen, die nur wenig Personal beschäftigen, ihren Beitrag leisten? Was soll bei ihnen besteuert werden? Der Automatisierungsgrad vielleicht? Doch wie kann man den Automatisierungsgrad messen? Ist unser Vorschlag, anstatt des Personals den Energieverbrauch zu besteuern, wissenschaftlich überhaupt haltbar?

Warum eine Ressourcensteuer nicht in Frage kommt

An dieser Stelle möchten wir kurz auf den Vorschlag eingehen, eine „Ressourcensteuer“ einzuführen. Dieser Vorschlag ähnelt ein wenig unserem Vorschlag, ist jedoch aus zwei Gründen nicht zweckmäßig.

1. Gerade die Unternehmen der Telekommunikation, des Versicherungswesens und des Bankwesens, die mit Hilfe der Automatisierung ihre exorbitanten Gewinne erzielen, würden völlig unbesteuert bleiben, denn sie verbrauchen kaum materiellen Ressourcen sondern im wesentlichen nur Energie zum Antrieb ihrer Computer sowie Datenübertragungsgeräte.

2. Außerdem ist der Ressourcenverbrauch nur schwer mit einer einheitlichen Größe messbar. Ihn nur in Kilogramm zu messen, erscheint ungerecht - der Verbrauch von 1 kg Wasser ist kaum zu vergleichen mit dem Verbrauch von 1 kg Uran oder 1 kg Silizium. Und was heißt schon „Verbrauch“? Ist Wasser, mit dem ein Acker beregnet wird, verbraucht? Eine einheitliche Messgröße und eine einheitliche Definition des "Verbrauchs" sind aber erforderlich, um die ins Auge gefasste Steuer konkret festsetzen zu können und um nicht in zehntausend verschiedene Einzelfallregelungen ausweichen zu müssen.

Kurz gesagt, wir brauchen eine messbare Größe, die an der



Stelle des Personals die Steuer- und Abgabenlast übernehmen kann und soll. Es muss DIE Größe sein, aus der die Gewinne der Unternehmen herrühren, die nur wenig Personal beschäftigen.

In der Begrifflichkeit der Volkswirtschaftslehre ausgedrückt, suchen wir den „Produktionsfaktor X“, der den Produktionsfaktor „Arbeit“ substituiert, d. h. ersetzt.

(Anm.: Hier und im Folgenden ist der Begriff „Arbeit“ nicht im physikalischen Sinne zu verstehen, sondern - wie es in der Volkswirtschaft üblich ist - als Zusammenfassung der Arbeitnehmer.)

Damit diese laufende Substitution ein Ende findet, müssen die Anreize zur Substitution abgeschafft werden. Der unbekannte Produktionsfaktor muss - so wie bisher die Arbeit - entsprechend seiner Leistungsfähigkeit zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben herangezogen werden.

Energie als starker Produktionsfaktor

Die konventionelle Volkswirtschaftslehre kennt die drei Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und Boden.

- Zum Kapital gehören die Fabrikhallen und Maschinen.
- Zur Arbeit gehören die Beschäftigten.
- Der Boden spielt im Wesentlichen seine Rolle in der Land- und Forstwirtschaft.

Nur mit einer aufeinander abgestimmten Kombination von Produktionsfaktoren kann Wertschöpfung erzielt werden.

Die Tatsache, dass Energie als Produktionsfaktors überhaupt erst in den letzten Jahren und nur sehr zögerlich unter Volkswirtschaftlern diskutiert wurde, zeigt die Notwendigkeit einer interdisziplinären Zusammenarbeit. Aus Sicht der Physik ist es nämlich völlig evident, dass die Energie ein „Produktionsfaktor“ sein muss; die Energie sogar an erster Stelle! Ohne Energie kommt nichts in Bewegung, geschieht buchstäblich nichts! Physiker verweisen dazu auf den ersten und zweiten Hauptsatz der Thermodynamik, die sich als fundamentale Naturgesetze erwiesen haben.

Der Einsatz von Energie in einem Unternehmen ist ein guter Maßstab nicht nur für dessen Automatisierungsgrad, sondern auch für die Häufigkeit ihrer Anwendung. Der Energieverbrauch ist eine messbare Größe und erfüllt damit auch in dieser Hinsicht die Voraussetzung für die Erhebung einer Steuer.

In der konventionellen Volkswirtschaftslehre hat die Energie bisher allerdings kaum Beachtung gefunden - verrückterweise deshalb, weil sie so billig ist (etwa nach dem Motto: „Was billig ist, kann nicht viel wert sein“). Wenn man davon ausgeht, dass die Wertschöpfungskraft eines Produktionsfaktors seinem Preis entspricht, könnte man der Energie deshalb auch nur eine entsprechend geringe Wertschöpfungskraft zutrauen. Ihr Faktorkostenanteil beträgt ja nur kleine 5 Prozent! So gesehen, scheint die Energie fast vernachlässigbar im Vergleich zur Arbeit, die mit einem Faktorkostenanteil von etwa 65 Prozent aufwarten kann.

Ausführliche ökonomische Untersuchungen haben jedoch die überlegene Wertschöpfungskraft der Energie gegenüber dem Produktionsfaktor Arbeit nachgewiesen (Quelle: Kümmel/Eichhorn et al.; Ayres/Warr, Lindenberger).

Dieses zunächst unerwartete Ergebnis leuchtet ein, wenn man an die vergangenen Ölkrisen denkt. Der Mangel an Erdöl - also am Produktionsfaktor Energie - in diesen Jahren führte in allen Industriestaaten zu einem außerordentlich starken Einbruch des Bruttoinlandsprodukts, der sich nur erklären lässt, wenn man für die Energie eine hohe Produktionsmächtigkeit annimmt.

Volkswirtschaftler sprechen von Produktionselastizität statt von Produktionsmächtigkeit. Wir bleiben wegen der besseren Anschaulichkeit aber bei „Produktionsmächtigkeit“.

- Die Produktionsmächtigkeit ist eine Zahl zwischen Null und 100 Prozent, welche das Gewicht angibt, mit dem prozentuale Änderungen im Einsatz des Kapitals, der Arbeit, des Bodens oder der Energie auf die gesamte Wertschöpfung einer Volkswirtschaft durchschlagen (Jürgen Grahl, „Mathematische Erläuterungen zu Produktionsfunktionen und Produktionselastizitäten“) Die Energie hat z.B. - je nachdem, welche Volkswirtschaft man untersucht - eine Produktionsmächtigkeit zwischen 31 und 65 Prozent, die Arbeit nur eine zwischen 9 und 14 Prozent.

Der große Unterschied zwischen den Produktionsmächtigkeiten von Energie und Arbeit wäre nicht weiter schlimm, wenn die Produktionsmächtigkeiten den Faktorkostenanteilen entsprechen würden. Der Unternehmer könnte dann immer noch frei wählen, ob er sich schwerpunktmäßig auf den leistungsfähigeren, aber teuren Produktionsfaktor stützt, oder ob er sich für den billigen, aber leistungsschwächeren Produktionsfaktor entscheidet. Doch leider verhalten sich bei Energie und Arbeit die Produktionsmächtigkeiten nahezu umgekehrt wie die Faktorkostenanteile: Sie befinden sich im extremen Ungleichgewicht. Diese Erkenntnis wird von der konventionellen Volkswirtschaft weiterhin ignoriert, doch die oben erwähnten sorgfältigen Studien lassen keinen Zweifel mehr: Nicht die teure Arbeit, sondern die billige Energie hat die größere Produktionsmächtigkeit! Der Produktionsfaktor Energie kostet weniger als ein Zehntel so viel wie der Produktionsfaktor menschliche Arbeit, ist aber drei- bis viermal mal so leistungsfähig.

Natürlich besteht für die Unternehmer ein hoher Anreiz, den Produktionsfaktor Energie zu bevorzugen, der erstens viel produktionsmächtiger und zweitens viel billiger ist. Unternehmenszweige, die vergleichsweise viel Personal benötigen, werfen weniger Gewinn ab. Sie werden aus Kostengründen verkleinert oder ersatzlos geschlossen. Das Kapital bevorzugt derzeit Unternehmen mit einem geringen Personal- und einem hohen Energieanteil. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen hilft es auch nichts, die steuerliche Belastung aller Unternehmen gleichmäßig zu verkleinern. Im Gegenteil: Die Verringerung der Steuerlast verbessert die Finanzlage und gerade Unternehmen mit einer guten Finanzlage können die Umstellung auf Automatisierung und Stellenabbau eher bewerkstelligen als Unternehmen mit einer schlechten Finanzlage.

Der schwächste Produktionsfaktor wird auch noch besteuert

Das Ungleichgewicht zwischen Produktionsmächtigkeiten



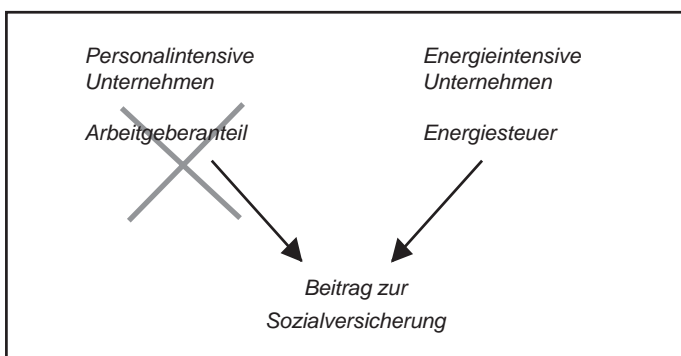
und Faktorkostenanteilen bei Energie und Arbeit ist die Hauptursache für den ständigen Anstieg der Arbeitslosigkeit! Dieses Ungleichgewicht wird durch die Steuerpolitik und die Sozialgesetzgebung noch aktiv verstärkt, möglicherweise sogar überhaupt erst hervorgerufen. Der Staat verletzt kontinuierlich den Grundsatz, dass er seine Steuern und Abgaben an der Leistungsfähigkeit der Besteuerten, bzw. des besteuerten Produktionsfaktors ausrichten soll und erzielt seine Haupteinnahmen ausgerechnet über die Besteuerung des schwachen Produktionsfaktors Arbeit. In der Sozialgesetzgebung bürdet er zudem den Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung (Versicherung gegen Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und Sicherung der Rente) ausgerechnet denjenigen Arbeitgebern auf, die viel Personal beschäftigen.

• So wird die Herstellung billiger Konsumware subventioniert durch die Einsparungen im Schulbereich, im Sozialbereich, im Rechtswesen und in der Forschung.

Die Therapie ergibt sich zwingend aus der Diagnose: Der Staat darf nicht länger den unverhältnismäßig teuren Produktionsfaktor Arbeit mit zusätzlichen Abgaben weiter verteuern, sondern er muss zukünftig bei der Festlegung der Steuer- und Abgabenlast nach dem Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit der Produktionsfaktoren vorgehen.

Ein erster Schritt: Energiesteuer und Energiegeld

Wir schlagen vor, den bisherigen Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung nicht mehr den Arbeitgebern aufzuerlegen, sondern ihn mit Hilfe einer höheren „Energiesteuer“ durch den Staat zu finanzieren (bei Selbständigen bezahlt der Staat einen entsprechenden Anteil in die Sozialversicherung ein, bei Beamten muss der Staat die Sozialleistungen direkt gegenüber den Beamten bezahlen und aus der Energiesteuer gegenfinanzieren). So werden vornehmlich die personalintensiven Unternehmen entlastet und vornehmlich die energieintensiven Unternehmen an der Finanzierung der Sozialversicherung beteiligt.



Flankierend ist zur Entlastung der privaten Energieverbraucher ein "Energiegeld" auszuführen, welches weiter unten erläutert wird.

Die Bezeichnungen "Energiesteuer" und "Energiegeld" sind kurz und prägnant. Sie vermeiden Missverständnisse und weisen auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen beiden Maßnahmen hin.

An dieser Stelle sei ausdrücklich betont, dass die Finanzierung des Arbeitgeberanteils durch eine Energiesteuer und die Gewährung eines Energiegeldes nur eine von vielen Möglichkeiten ist. Wir haben sie deshalb gewählt, weil sie u. E. am einfachsten zu vermitteln ist. Wir haben den Arbeitgeberanteil herausgegriffen, weil bei seiner Abschaffung die Entlastung zu 100 % den Arbeitgebern zugute kommt, mithin also den Anreiz zur Entlassung von Personal besonders wirkungsvoll vermindert. Auch brauchen die Bruttolöhne nicht neu verhandelt zu werden.

Das Energiegeld haben wir als Ausgleichsmaßnahme für den privaten Energieverbrauch gewählt, weil damit auch diejenigen Bewohner des Landes, die nicht im Erwerbsleben stehen, einen Ausgleich erhalten.

Grundsätzlich gibt es natürlich auch andere Möglichkeiten, den Produktionsfaktor Arbeit zu entlasten und die Lasten dem Produktionsfaktor Energie aufzuerlegen. Um die Diskussion aber nicht ausufern zu lassen, beschreiben wir nachfolgend nur die von uns gewählte Variante.

Die Energiesteuer

Zweck der Energiesteuer ist die Finanzierung des bisherigen Arbeitgeberanteils der Sozialversicherung. Die Ansprüche der Arbeitnehmer an die Sozialversicherung bleiben dabei im vollen Umfang erhalten, aber der Staat übernimmt selbst die Einzahlungen in Höhe des bisherigen Arbeitgeberanteils. Die notwendigen Beiträge holt er sich mit Hilfe der Energiesteuer. Er belastet somit die Unternehmen nicht mehr nach der Zahl ihrer Mitarbeiter, sondern entsprechend ihrem Energieverbrauch.

Um die Wirkung dieser Maßnahme verständlich zu machen, teilen wir die Betriebe einer Volkswirtschaft gedanklich in zwei Gruppen ein. In der ersten Gruppe überwiegt der Produktionsfaktor Arbeit, in der zweiten Gruppe überwiegt der Produktionsfaktor Energie.

- Gruppe 1: Personalintensive Betriebe (vergleichsweise mehr Personal- als Energieeinsatz)
- Gruppe 2: Energieintensive Betriebe (vergleichsweise mehr Energie- als Personaleinsatz)

Entscheidend bei unserem Vorschlag ist, dass im Gegenzug zur Erhöhung der Energiesteuer die Kosten der Arbeit verbilligt werden. Damit gehören alle personalintensiven Unternehmen zu den Gewinnern. Sie werden vergrößert und es gibt Neugründungen. Die Gewinnsituation der energieintensiven Unternehmen hingegen verschlechtert sich. Sie müssen sich entweder auf energiesparende Verfahren umstellen oder werden verkleinert, geschlossen oder wandern ins Ausland ab. Es wird also unter den Unternehmen Gewinner und Verlierer geben (Beispiele finden Sie hier). Da die Eröffnung oder Erweiterung personalintensiver Unternehmen mehr neue Stellen schafft, als bei den schließenden oder abwandernden energieintensiven Betrieben verloren gehen, wird im Saldo die Zahl der Arbeitsplätze zunehmen.

Unter den Gewinnern werden viele Unternehmen sein, die sich mit Aufgaben der Zukunftsvorsorge befassen: Schulbildung, Forschung und Wissenschaft, soziale Betreuung, Kultur. Auch staatliche und kommunale Einrichtungen gehören in die-



ser Hinsicht zu den Unternehmen. Sie wurden bereits weiter oben erwähnt. Hier noch eine Ergänzung: Der Staat als Arbeitgeber könnte endlich seinen Personalbestand aufstocken, z.B. an Schulen und Universitäten. Lohnnebenkosten in Höhe von 21 Prozent des Bruttolohnes fallen dort weg, andererseits kommen zusätzliche Energiesteuern in Höhe von 40 % des wegfallenden Arbeitgeberanteils hinzu. Das heißt, 60 Prozent von 21 Prozent = 12 Prozent fallen weg und es können bei unverändertem Etat bundesweit 12 Prozent mehr Lehrkräfte eingestellt werden. Die Zahl 40 % kann der Tabelle im Internetbeitrag „Gewinner und Verlierer“ unter www.sfv.de/lokal/emails/wvf/siegerun.htm entnommen werden. Wie wichtig eine Erhöhung der Lehrerzahlen für die Qualität der Schulausbildung ist, demonstriert der PISA-Spitzenreiter Finnland. Dieses Land setzt - gemessen an den Schülerzahlen - etwa dreimal so viel Lehrer ein wie Deutschland!

Alle Unternehmer können dann ihre Gewinnsituation nicht durch Schließung, sondern durch Eröffnung oder Vergrößerung personalintensiver Unternehmenszweige verbessern. Sie können dann wieder ohne Sorge um ihre Gewinne der „Sozialen Verpflichtung des Eigentums“ nachkommen.

- Grundgesetz, Artikel 14 (2)
„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Nicht zu unterschätzen sind auch zwei weitere positive Folgen:

- Den Arbeitnehmern wird die bedrückende Angst vor plötzlicher Entlassung genommen.
- Die Politik wird befreit von dem vermeintlichen Zwang, jede Neuerung, die möglicherweise einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum liefern könnte, möglichst rasch zu genehmigen, ohne die Möglichkeit einer gründlichen Risikoanalyse. Das betrifft z.B. Genehmigungsverfahren bei der Gentechnik, bei der Embryonenforschung, bei der Entwicklung von Schädlingsbekämpfungsmitteln, bei der Kernfusion und anderen riskanten Techniken.

Energiegeld als Ausgleich für den Anstieg der Energiesteuer

Knapp ein Drittel des derzeitigen Energieverbrauchs in Deutschland entfällt auf die privaten Haushalte. Bei einer Erhöhung der Energiesteuern würden somit auch die persönlichen Energiekosten erhöht. Dafür ist ein finanzieller Ausgleich notwendig. Dies ist nicht nur eine Frage der Akzeptanz, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit. Unser Vorschlag beinhaltet deshalb ein „Energiegeld“, welches aus der Energiesteuer abgezweigt wird. Dieses Energiegeld erhält jeder, vom Säugling bis zum Greis, von der Bettlerin bis zur MillionärsGattin, der mit erstem Wohnsitz in Deutschland gemeldet ist. Die Höhe des Energiegelds ist für alle gleich und entspricht den Durchschnitts-Mehrkosten. Wer sparsamer mit Energie umgeht als der Durchschnitt, hat somit einen finanziellen Vorteil, wer mehr Energie verbraucht, hat den Nachteil. Hier entsteht eine Lenkungswirkung zum Energiesparen im persönlichen Bereich.

In diesem Zusammenhang können wir gleich den Vorwurf

entkräften, das Energiegeld würde für die Armen nicht ausreichen, denn deren Energieverbrauch sei durchschnittlich höher als der der Reichen. Es ist zwar richtig, dass der Energieverbrauch, relativ gesehen, für den Armen einen höheren Anteil am Einkommen beansprucht; das gilt aber nicht in absoluten Zahlen. Die Wohnungen der Armen sind deutlich kleiner, und energieverbrauchende Luxusgüter wie Terrassen- oder Schwimmbadbeheizung, Zweit- und Drittwagen, Motorboote, häufige Urlaubsflüge und dgl. können sie sich nicht leisten. Insgesamt kommen die Armen deshalb günstiger davon, zumal auch Kinder das volle Energiegeld erhalten.

Konkrete Zahlen

Zur Erläuterung unseres Finanzierungsvorschlages für den bisherigen Arbeitgeberanteil einige konkrete Zahlen zu Steuern, Sozialabgaben und Energieverbrauch:

- **150 Mrd. Lohn- u. Einkommensteuer**
- **140 Mrd. Umsatz- u. Einfuhrumsatzsteuer**
- **167 Mrd. sonstige Steuern und Zölle**
davon 6,6 Mrd. Stromsteuer
41,8 Mrd. Mineralölsteuer
- **389 Mrd. Sozialbeiträge**
davon 195 Mrd. Arbeitgeberanteil
- **2500 Mrd. kWh Endenergie in Deutschland**
ca. 1660 Mrd. kWh gewerblich
ca. 840 Mrd. kWh privat

Diese Zahlen aus dem Jahr 2002 haben sich seitdem nur geringfügig geändert. Die Aufteilung der Endenergie in gewerblich und privat ist grob geschätzt.

In dem von uns vorgeschlagenen ersten Schritt wird der Arbeitgeberanteil der Sozialbeiträge - 195 Mrd. Euro - durch eine zusätzliche Besteuerung der Energie finanziert. Jede Kilowattstunde gewerblich genutzte Endenergie muss dazu mit einer zusätzlichen Energiesteuer von knapp 12 Cent belegt werden.

$$\frac{195 \text{ Mrd. Euro Sozialbeiträge}}{1660 \text{ Mrd. kWh Endenergie}} = 11,7 \text{ Cent/kWh}$$

Diese knapp 12 Cent ergeben sich aus dem gegenwärtigen gewerblichen Energieverbrauch. Wenn aufgrund der Steuererhöhung der Energieverbrauch zurückgeht - z.B. durch Steigerung der Energieeffizienz oder durch Abwanderung energieintensiver Betriebe - muss der Steuersatz erhöht werden. Entsprechend der sogenannten „Preiselastizität“ der Energie wird sich der Energieverbrauch dann schließlich auf einem niedrigeren Niveau einpendeln. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass auch in den personalintensiven Wirtschaftszweigen auf Energieeinsatz nicht völlig verzichtet werden kann. Der Energieverbrauch geht deshalb nicht gegen Null.

Da der private Energieverbrauch etwa nur die Hälfte des gewerblichen Verbrauchs beträgt, betragen die Steuereinnahmen aus der von Privatpersonen gezahlten Energiesteuer etwa die Hälfte der Steuereinnahmen aus gewerblich genutz-



ter Energie, also etwa 97 Mrd. Euro. Aufgeteilt auf knapp 80 Mio. Einwohner sind dies über 1200 Euro jährlich.

- So ergibt sich in der Anfangsphase ein Energiegeld von gut 100 Euro pro Monat und Person.

Woher nimmt der Staat das Geld, wenn die energieintensiven Unternehmen ihren Energieverbrauch einschränken oder abwandern?

Wenn aufgrund der höheren Energiesteuer der gewerbliche Energieverbrauch zurückgehen wird, muss der Steuersatz entsprechend erhöht werden, damit die 195 Mrd. Euro für die Sozialversicherung weiterhin bezahlt werden können. Die Energiesteuer steigt dabei aber nicht, denn sie ergibt sich als Produkt des Steuersatzes mit dem sinkenden Energieverbrauch. Sie bleibt bei den genannten 195 Mrd. Auch wenn einige der energieintensiven Betriebe abwandern würden, müssten die verbleibenden Betriebe weiterhin die 195 Mrd. bezahlen. Die Hauptlast müssen jeweils die Unternehmen zahlen, bei denen der Energieverbrauch vergleichsweise zum Personaleinsatz hoch ist. Einem Betrieb, der seinen Energieeinsatz nicht reduziert, kann es dann passieren, dass er plötzlich zu den energieintensiven Betrieben - und damit zu den Nettozahlern - zählt.

Für privat genutzte Energie sollte der selbe Steuersatz eingesetzt werden, wie für gewerblich genutzte Energie, damit es nicht zu massenhaften Betrug durch Fehldекларationen kommt. Auch der private Energieverbrauch wird zurückgehen, so dass die Gesamtbelastung für die Privaten etwa konstant bleibt. Wenn sich die Erhöhung des Steuersatzes und der Rückgang des privaten Energieverbrauchs nicht völlig ausgleichen, muss das Energiegeld entsprechend erhöht werden. Dabei gilt das Prinzip, dass die Steuereinnahmen aus dem privaten Energieverbrauch vollständig als Energiegeld an die Privathaushalte zurückfließen.

Ergibt unser Vorschlag im privaten Bereich überhaupt einen Anreiz zur Erhöhung der Energieeffizienz?

Obwohl der Energieverbrauch zurückgeht, bleibt die finanzielle Belastung aller Haushalte durch die Energiesteuer in der Summe gleich. So scheint es also - pauschal gesehen - keine „finanzielle Belohnung“ für Energieeinsparungen zu geben.

Auf der individuellen Ebene, also im Vergleich zwischen den einzelnen Betrieben oder zwischen den einzelnen Privathaushalten gibt es allerdings sehr wohl einen Anreiz zur effektiveren Nutzung der Energie. Wer seinen Energieverbrauch schneller absenkt als der Durchschnitt, der hat einen finanziellen Vorteil. Im Prinzip hat sich damit gegenüber dem heutigen Zustand nichts geändert, auch heute gibt es einen Anreiz zum Energiesparen, aber der wird bei einer Erhöhung der Energiesteuer erheblich drängender werden. Je höher der Steuersatz steigt, desto mehr lohnt sich das Energiesparen.

Die Rolle der Grundstoffe

Ein Einwand gegen erhöhte Energiesteuern soll hier sogleich ausgeräumt werden: Die in der produzierenden Wirtschaft verwendeten Grundstoffe wie Stahl, Kupfer, Aluminium, Zement, Kunststoffgranulat und viele Grundstoffe aus der Großchemie

wie z.B. Stickstoffdünger, werden unter hohem Energieeinsatz hergestellt. Zwei Drittel der in der Produktion verwendeten Energie fließt in die Grundstoffherzeugung. Eisenerz wird im Hochofen zu Stahl umgewandelt, Kalksteine im Zementwerk zu Zement. Aus Bauxit wird unter ungeheurem Energieeinsatz Aluminium erzeugt. Personal wird in der Grundstoffindustrie nur in geringem Umfang eingesetzt. Die Preise der Grundstoffe sind deshalb eng an die Energiepreise gekoppelt. Eine Erhöhung der Energiesteuer würde voll auf die Grundstoffe durchschlagen. Da billige Grundstoffe die Voraussetzung für die Massenproduktion darstellen, wird vielfach befürchtet, dass eine Verteuerung der Grundstoffe zu Konjunkturreinbrüchen führen würde.

Unsere Antwort: Billige Grundstoffe steigern zwar den Konsum, die Konjunktur und damit das „Wachstum“ der Wirtschaft, aber sie führen NICHT zur Einstellung von Personal. Billige Grundstoffe und billige Energie sind im Gegenteil die Voraussetzung für eine AUTOMATISIERTE Fertigung mit WENIG Personal. Die billigen Artikel des Massenkonsums werden schon bei kleinen Defekten verschrottet und durch neue Produkte ersetzt, denn Reparaturen „lohnen sich nicht mehr“. So führten die billigen Grundstoffe in der Vergangenheit zum bedauerlichen Aussterben der Instandsetzungsbetriebe und zur Arbeitslosigkeit der dort beschäftigten Handwerker und Facharbeiter. Grundstoffe MÜSSEN deshalb sogar deutlich teurer werden!

Die Behauptung, dass eine Verteuerung der Grundstoffe zur Verteuerung der Lebenshaltungskosten führen werde, berücksichtigt nicht, dass nach unserem Vorschlag im Gegenzug alle personalintensiven Betriebe entlastet würden. Die Preise für ihre Produkte und Dienstleistungen werden sinken. Ärztliche Behandlungen und Medikamente werden billiger, alle Arten von Reparaturen, Haarpflege, Gärtnereiprodukte, Produkte aus ökologischem Anbau, Holzbauten, kulturelle Angebote, Bildungsangebote, Beratungen, Gerichtskosten, TÜV-Untersuchungen ...

Auswirkung der Steuererhöhung auf verschiedene Energieträger

8 Cent/kWh Energiesteuer zum Ersatz des Arbeitgeberanteils der Sozialversicherung plus 4 Cent zur Finanzierung des Energiegeldes ergeben einen steuerbedingten Anstieg der Energiepreise von 12 Cent/kWh. Umgerechnet auf die Hauptenergieträger bedeutet das einen Anstieg von etwa

- 12 Cent/kWh bei Elektrizität (fast eine Verdoppelung des Preises für Haushaltskunden)
- 100 Cent/Liter bei Diesel, Benzin und Heizöl (fast eine Verdoppelung des bisherigen Preises an den Zapfsäulen)
- 120 Cent/Kubikmeter bei Erdgas. (etwa eine Verdreifachung des gegenwärtigen Endverbraucherpreises)

Dem steht - wie gesagt - als finanzieller Ausgleich ein zusätzliches Energiegeld von 100 Euro pro Person und Monat gegenüber! Der Einzelne hat es zum großen Teil selbst in der Hand, ob er durch energiebewusstes Verhalten unter dem Strich profitiert oder ob er verliert.



Langsame oder rasche Umstellung?

Bei der Frage, ob die von uns vorgeschlagene Umstellung in kleinen Schritten oder möglichst zügig durchgeführt werden soll, sind zwei gegenläufige Gesichtspunkte zu beachten.

- Bei einer raschen Umstellung lässt es sich nicht vermeiden, dass unternehmerische Entscheidungen der letzten Jahre sich nachträglich als Fehlentscheidungen herausstellen, z.B. die Eröffnung oder Vergrößerung energieintensiver Betriebe oder die Auflösung personalintensiver Betriebe. Aus der Sicht solcher Unternehmen spricht das für eine „behutsame“ Umstellung, die den betroffenen Unternehmen Zeit zur Anpassung gibt. Auch im privaten Bereich würden sich manche Anschaffungen nachträglich als Fehlentscheidungen erweisen, z.B. der Kauf eines spritfressenden Autos.

- Aus der Sicht personalintensiver Unternehmen, die dem gegenwärtigen Trend zum Arbeitsplatzabbau erfolgreich widerstanden haben, wäre hingegen eine rasche Umstellung wünschenswert, und Privatleute, die schon jetzt auf energiesparende Geräte setzen, sich für ein Passivhaus oder ein Drei-Liter-Auto entscheiden, hätten einen finanziellen Vorteil.

Entscheidend für eine möglichst rasche Durchsetzung der von uns vorgeschlagenen Umstellung dürften schließlich die dramatischen finanziellen, sozialen und psychologischen Folgen des gegenwärtigen Zustandes sein: Annähernd 5 Mio. Arbeitslose belasten Monat für Monat die Sozialsysteme! Dieser volkswirtschaftliche Aderlass muss RASCH unterbunden werden. In den Betrieben geht die Angst vor Entlassung um. Das soziale Klima wird kälter. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Führungsfähigkeit von Regierung und Parlament schwindet von Monat zu Monat. Wichtig ist deshalb, dass bald konkrete Ergebnisse sichtbar werden.

Ist die Energiesteuer nicht schon jetzt zu hoch?

Die Besteuerung von Energie, z.B. von Diesel und Benzin, wird von Vielen subjektiv als zu hoch empfunden. Doch wir kennen jetzt einen objektiven Maßstab: Produktionsfaktoren müssen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden, damit die Substitution des Produktionsfaktors Arbeit durch Energie aufhört. Die Leistungsfähigkeit ergibt sich aus den oben erwähnten ökonomischen Untersuchungen. Sie sind deshalb für die Versachlichung der Diskussion von unschätzbaren Wert. Aber auch ohne wissenschaftliche Herleitung lässt sich zeigen, dass die Besteuerung von Energie zu gering ist - im Vergleich zur Besteuerung von körperlicher Arbeit. Hierzu ein Beispiel, welches zwar völlig surreal anmutet, das aber deshalb gewählt wurde, weil es jeder von uns ohne physikalische Kenntnis, allein aufgrund seines eigenen Erfahrungshorizonts auf Plausibilität und zutreffende Größenordnungen überprüfen kann:

Ein Autohändler will einem Kunden in 100 Kilometer Entfernung einen Mittelklassewagen ausliefern. Zur Wahl stehen zwei Möglichkeiten:

1. Das Auto wird mit Motorkraft gefahren.



Man benötigt eine Fahrstunde, braucht 10 Liter Diesel und zahlt

dafür eine Mineralölsteuer von 5 Euro.

2. Das Auto wird durch Hilfsarbeiter geschoben.

Wenn drei Personen schieben und eine Person lenkt, benötigt man 5 Tage und die Bezahlung für vier Personen. Lohnsteuer und Sozialabgaben (4 Personen x 5 Tage = 20 Arbeitstage) betragen ca. 500 Euro.

5 Euro oder 500 Euro! Fazit: Das Auto-Schieben durch Arbeitskräfte ist 100 mal höher mit Steuern und Abgaben belastet als das Auto-Fahren mit Dieseldieselkraftstoff. Dieser Vergleich zeigt deutlich das Missverhältnis zwischen der überhöhten Steuer- und Abgabenbelastung von Personal und der völlig unzureichenden Besteuerung von Energie.

	1 Stunde 10 Liter Diesel <u>Mineralölsteuer: 5 Euro</u>
Auto fahren	100 km
	5 Tage 4 Personen <u>Lohnsteuer und Sozialabgaben: 500 Euro</u>
Auto schieben	100 km
5 Euro oder 500 Euro! Das Auto-Schieben durch Arbeitskräfte ist 100 mal höher mit Steuern und Abgaben belastet als das Auto-Fahren mit Dieseldieselkraftstoff.	

Dieses Beispiel zeigt auch, dass die Erhöhung der Energiesteuer (wie wir sie vorschlagen) nicht dazu führen kann, dass Unternehmer die Autos schieben lassen würden. Die 10 Liter Diesel würden nach unserem Vorschlag mit $10 * 1 \text{ Euro} = 10$ zusätzlichen Euro belastet. Die Steuerlast für 100 km Auto-Fahren würde sich somit um 10 Euro auf 15 Euro erhöhen. Die Abgabenlast für das Auto-Schieben würde sich hingegen wegen Wegfalls des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung von 500 Euro auf etwa 330 Euro verringern. Auch unter diesen von uns vorgeschlagenen Bedingungen würde deshalb kein Autohändler das Auto zum Kunden schieben lassen. Wir haben also eine „Dosierung ohne schädliche Nebenwirkung“ gefunden. Der Einsatz arbeitserleichternder Maschinen, d. h. die konventionelle Rationalisierung, wird nicht behindert.

Unterschied zwischen Energiesteuer und Maschinensteuer

Zwischen der Energiesteuer und der alten Idee einer Maschinensteuer bestehen Ähnlichkeiten, aber auch entscheidende Unterschiede:

- Unterschiedliche Bemessung: Eine Maschinensteuer besteuert die Anschaffung von Maschinen und belastet somit den Produktionsfaktor Kapital. Die Energiesteuer verteuert den laufenden Betrieb von Maschinen.
- Energieverschwendung oder -einsparung: Eine Maschinensteuer würde sich am Anschaffungspreis der Maschinen orientieren.



tieren. Es würden somit besonders billige, primitive Maschinen angeschafft. Je primitiver eine Maschine ist, desto höher ist im Allgemeinen ihr Energieverbrauch. Die Energiesteuer hingegen würde energiesparenden Maschinen einen Vorteil verschaffen.

- Eine Maschinensteuer würde die energieintensive Umformung von Bodenschätzen zu Grundstoffen - z.B. Eisenerz zu Stahl oder Kalkstein zu Zement - nicht oder nur unangemessen verteuern. Grundstoffe blieben billig. Der verhängnisvolle Anreiz zur automatisierten Produktion kurzlebiger Massenverbrauchsgegenstände bliebe erhalten.

Durch eine Energiesteuer würden hingegen die Grundstoffe entsprechend dem Energieaufwand zu ihrer Herstellung verteuert und damit indirekt auch der "Ressourcenverbrauch" oder „Naturverbrauch“ besteuert.

Argumente für eine nationale Vorreiterrolle

Wer sich mit dem SFV-Vorschlag „Energiesteuer / Energiegeld“ beschäftigt, räumt zumeist ein, dass eine weltweite Umsetzung des Vorschlages sicherlich die gewünschten Effekte hätte, das heißt, dass er unseren Vorschlag prinzipiell für richtig, nur die praktische Umsetzung für unrealistisch hält. Auf eine weltweite Umsetzung des Vorschlages hoffen und warten wir allerdings nicht. Wir setzen auf eine nationale Vorreiterrolle und gehen davon aus, dass andere Staaten aufgrund unserer Erfolge dann mit Verspätung folgen werden. Wir halten einen nationalen Alleingang durchaus für möglich, für aussichtsreich und sogar für vorteilhaft. Dies wollen wir hier näher begründen.

- Energieintensive Betriebe würden ins Ausland abwandern, wird befürchtet. Diese Vorhersage ist sicher richtig; allerdings wird dabei der Gegenpol vergessen: Bisher wanderten personalintensive Betriebe ab und es gingen Arbeitsplätze in großer Zahl verloren. Wenn zukünftig personalintensive Betriebe zuwandern, entstehen mehr neue Arbeitsplätze als bei der zu erwartenden Abwanderung energieintensiver Unternehmen verloren gehen!

- Die deutsche Industrie würde vermehrt billige Grundstoffe aus dem Ausland importieren: Auch diese Vorhersage ist sicher richtig und sie gereicht uns sogar noch zum Vorteil. Die personalintensiven Unternehmen, zu denen z.B. die traditionsreichen Betriebe des Maschinenbaus oder die Herstellung von Kraftfahrzeugen zählt (siehe Tabelle) erfahren eine Entlastung bei den Personalkosten, und erhalten darüber hinaus noch die für ihre Arbeit notwendigen Grundstoffe genauso billig wie bisher. Hier erleichtert erstaunlicherweise die Globalisierung sogar eine nationale Vorreiterrolle!

- Geringere Personalnebenkosten erlauben die Einstellung von mehr qualifizierten Ingenieuren für eine bessere Qualitätskontrolle und für firmeninterne Forschung. Dadurch wird die Zuverlässigkeit der Produkte erhöht und damit die Exportchancen im internationalen Wettbewerb.

- In wenigen Jahren ist eine Explosion der Energiepreise aus Knappheitsgründen zu erwarten. Eine Volkswirtschaft, die sich in der Reaktion auf hohe Energiesteuern schon vorher auf teure Energie umgestellt hat - beispielsweise durch Wärmedämmung von Häusern, kraftstoffsparende Autos, Sonnenkollektoren auf

den Dächern usw. - ist für den Anstieg der Energiepreise besser gerüstet. Eine Erhöhung der Energiesteuer wirkt also wie eine „Schutzimpfung“, die rechtzeitig die körpereigenen Abwehrkräfte mobilisiert.

- Höhere Energiepreise führen zu höheren Grundstoffpreisen. Bei einem nationalen Alleingang werden energieintensiv hergestellte Grundstoffe vermehrt importiert. Ein Land mit höheren Energiepreisen schont somit seine natürliche Ressourcen (Bodenschätze). Für andere Länder sollte diese Erkenntnis ein Anreiz zur Nachahmung sein.

- Deutschland kann sich im internationalen Wettbewerb nicht durch niedrigere Preise durchsetzen - dazu ist unser Lohnniveau zu hoch - sondern nur durch höhere Qualität und durch Innovationen. Neuentwicklungen müssen allerdings bedarfsgerecht sein. Früher bestand Bedarf an Maschinen, die die menschliche Arbeitskraft ersetzen. Inzwischen aber haben die industrialisierten Länder Arbeitskräfte mehr als genug, stattdessen kündigt sich ein Mangel an Energie an. Deshalb werden zunehmend energiesparende Techniken gefragt werden. Ein Land, dessen Energiepreise höher sind als die der Nachbarn, bringt energiesparende Techniken zur Serienreife, die ihm bei einem weiteren Anstieg der Energiepreise einen Exportvorteil verschaffen.

Verantwortung der Volkswirtschaftslehre

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schlagen die Vertreter der Volkswirtschaftslehre seit Jahrzehnten in großer Einmütigkeit vor, das Wirtschaftswachstum noch stärker zu steigern. Dieser Vorschlag ist allerdings wenig hilfreich, denn er ist gleichbedeutend mit der Forderung nach exponentiellem Wachstum, das nach den Gesetzen der mathematischen Logik alle Grenzen überschreitet und in einer realen begrenzten Welt nicht möglich ist.

Im Gegensatz zu den Naturwissenschaften und der Philosophie, wo es seit langem zum guten Ton gehört, neue Thesen und sogar seit langem anerkannte Naturgesetze immer neuen kritischen Prüfungen zu unterziehen, um sie gegebenenfalls zu falsifizieren, zeigen die etablierten Vertreter der Volkswirtschaftslehre nur wenig Bereitschaft, nach dem Fehler in ihrem Denkansatz zu suchen, der zu einem so unbrauchbaren Ergebnis führt.

Es ist verwunderlich, dass schon bei der Ermittlung der Ursachen der Arbeitslosigkeit eine ganze Ursachenkomplex außerhalb der Betrachtung bleibt. Das beschriebene offensichtliche Ungleichgewicht zwischen Faktorkostenanteilen und Produktionsmächtigkeiten (Produktionselastizitäten) als Antriebsmotor für die ständige Substitution von Arbeit durch Energie ist für die Volkswirtschaftslehre bisher jedenfalls kein Thema gewesen. Sie geht vielmehr von der Annahme eines Gleichgewichts aus. Dahinter steckt die idealisierende Überlegung, dass ein Produktionsfaktor mit hoher Produktionsmächtigkeit - seiner Leistungsfähigkeit entsprechend - auf dem Markt auch teuer gehandelt werden müsse, während für einen Produktionsfaktor mit geringer Produktionsmächtigkeit auch nur entsprechend geringe Faktorkostenanteile aufgebracht würden. Hier übersieht die Volkswirtschaftslehre, dass bezüglich der Kosten für Arbeit (glücklicherweise) kein wirklich frei-



es Marktgeschehen herrscht. Aus sozialethischen und historischen Gründen - hier ist besonders die Rolle der Gewerkschaften zu erwähnen - können die Unternehmer den Arbeitslohn nicht so lange absenken, bis der Faktorkostenanteil der Arbeit ihrer geringen Produktionsmächtigkeit entspricht. Die Volkswirtschaftslehre übersieht auf der anderen Seite auch, dass die Preise für Energie durch die Politik künstlich niedrig gehalten werden, wie der internationale politische Druck auf die OPEC zeigt.

Wie problematisch die schematische Anwendung von mathematisch idealisierten Gleichgewichtssätzen auf eine sich dynamisch und unter politischen Zwängen entwickelnde Volkswirtschaft ist, hat Professor Claus Peter Ortlieb in einem Vortrag auf der Herbsttagung der Mathematischen Gesellschaft in Hamburg am 7.11.03 in einer vernichtenden Kritik dargelegt.

(Claus Peter Ortlieb, „Methodische Probleme und methodische Fehler der mathematischen Modellierung in der Volkswirtschaftslehre“, veröffentlicht unter http://66.249.93.104/search?q=cache:NT41fhNzBhcJ:www.math.uni-hamburg.de/home/ortlieb/hb18MethFehlerVWL.pdf+%22Methodische+Probleme+und+methodische+Fehler+der+mathematischen%22&hl=de&lr=lang_de).

Mit der Fiktion eines Gleichgewichts zwischen Produktionsmächtigkeiten und Faktorkostenanteilen, mit dieser wirklichkeitsfremden Grundannahme lässt sich natürlich nicht erklären, wie es zur laufenden Substitution von Arbeit durch Energie und damit zum Anstieg der Arbeitslosigkeit kommt. Solange die Volkswirtschaftslehre nicht anerkennt, dass Energie den Produktionsfaktor Arbeit in seiner Leistungsfähigkeit weit übertrifft, obwohl Energie vergleichsweise nur wenig kostet, solange fehlen auch einer sozial engagierten Politik alle Sachargumente für eine höhere Besteuerung der Energie. Der populistischen Behauptung, dass Energie schon jetzt viel zu hoch besteuert werde, kann sie nichts entgegensetzen. Dies zeigt sich in tragischer Weise beim Versanden der ökologischen Steuer- und Finanzreform, deren Befürwortern auf politischer Ebene anscheinend mit den Argumenten auch der Mut ausgegangen ist, obwohl das Projekt vom Ansatz her richtig ist.

Zusammenfassung

Energie ist ein Produktionsfaktor. Der Produktionsfaktor Energie ist leistungsfähiger und billiger als menschliche Arbeit. „Arbeit“ wird deshalb durch „Energie“ substituiert. Dies geschieht

1. durch klassische Rationalisierung (Arbeitserleichterung)
2. durch Eröffnung energieintensiver Unternehmen (mit weniger Arbeitsplätzen) im Produktionsbereich. Im Gegenzug Schließung oder Verkleinerung personalintensiver Unternehmen im Instandsetzungs- und Dienstleistungsbereich (auch Ausbildung, Forschung, Wissenschaft, etc.), deren Aufgaben (häufig der Zukunftssicherung) dann unerledigt bleiben.

Unser Vorschlag: Erhöhung der Energiesteuern zur Finanzierung des Arbeitgeberanteils für die Sozialversicherung unterbindet die Arbeitsplatzvernichtung nach Punkt 2.

Zum Ausgleich der Steuererhöhung im privaten Bereich ist ein Energiegeld für jeden Einwohner vorzusehen, für dessen Refinanzierung ein Drittel der Energiesteuer verwendet werden soll.

Anhang

Erläuterung der Produktionsmächtigkeit

Die Produktionsmächtigkeit (Produktionselastizität) eines Produktionsfaktors ist eine Prozentzahl, die angibt, wie sensibel die Wertschöpfung einer Volkswirtschaft - das Bruttoinlandsprodukt - auf eine kleine Steigerung oder Minderung dieses Produktionsfaktors reagiert, wenn die anderen Produktionsfaktoren weder gesteigert, noch gemindert werden. Hierzu zwei vereinfachende Beispiele, in welchen die eingesetzte Menge nur eines einzigen Produktionsfaktors variiert wird:

- Beispiel 1: Das BIP eines Landes ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,41 Prozent angestiegen, nachdem der Energieeinsatz um 1 Prozent erhöht wurde, der Einsatz von Kapital und Arbeit aber unverändert geblieben sind. Hieraus ergibt sich eine Produktionsmächtigkeit der Energie von 41 Prozent. (0,41 sind 41 Prozent von 1)

- Beispiel 2: Das BIP eines Landes ist im Vergleich zum Vorjahr nur um 0,24 Prozent gesunken, obwohl der Personaleinsatz um 2 Prozent vermindert wurde. Hieraus ergibt sich eine Produktionsmächtigkeit der Arbeit von 12 Prozent. (0,24 sind 12% von 2).

In realen Situationen verändert sich praktisch niemals nur der Einsatz eines einzelnen Produktionsfaktors gegenüber dem Vorjahr, während die übrigen konstant bleiben, sondern es verändern sich alle Faktoren (genauer: Faktoreinsatzmengen) gemeinsam. Es ist dann a priori nicht klar, welcher Beitrag an der Veränderung des BIP auf die Veränderungen bei den einzelnen Faktoren entfällt. Mithilfe relativ aufwendiger mathematischer Methoden lassen sich diese Einflüsse der einzelnen Faktoren jedoch aus den Zeitreihen der volkswirtschaftlichen Statistiken „herausdestillieren“.

Erläuterung der Faktorkostenanteile

(Energie 5 % - Arbeit 65 %)

Der Faktorkostenanteil eines Produktionsfaktors ist eine dimensionslose Zahl, die den Anteil der Kosten des betreffenden Faktors an den gesamten Produktionskosten angibt. Auch hierzu zwei vereinfachende Beispiele, in welchen die eingesetzte Menge nur eines einzigen Produktionsfaktors variiert wird:

- Beispiel 3: Ein Faktorkostenanteil der Energie von 5 Prozent, wie in den Industriestaaten üblich, bedeutet, dass bei einer Erhöhung des Energieeinsatzes um 1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr die Produktionskosten eines Landes um 0,05 Prozent ansteigen. (0,05 sind 5 Prozent von 1)

- Beispiel 4: Ein Faktorkostenanteil der Arbeit von 65 Prozent, wie in den Industriestaaten üblich, bedeutet, dass bei einer Verminderung des Personaleinsatzes um 2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr die Produktionskosten eines Landes um 1,3 Prozent sinken. (1,3 sind 65 Prozent von 2)

Man erkennt aus den beiden Beispielen 3 und 4, dass der Energieeinsatz nur einen geringen Einfluss auf die Produktionskosten hat, während der Einsatz menschlicher Arbeitskraft die Produktionskosten der Volkswirtschaft erheblich belastet.

Tatsächlich ändern sich die Mengen der einzelnen Produktionsfaktoren gleichzeitig. Um bei den gewählten Beispielswerten zu bleiben, die den Gegebenheiten in der Bundesrepublik im Mittel der letzten Jahrzehnte tendenziell entsprechen, gehen wir davon aus, dass die Zahl der Beschäftigten um 2 % abnimmt und gleichzeitig der Einsatz der Energie um 1 % steigt.

Eine Kombination der Ergebnisse zu den Beispielen 1 - 4 zeigt dann,

- dass das BIP um $0,41\% - 0,24\% = 0,17\%$ gestiegen ist. Die Wirtschaft wächst!
- dass die Produktionskosten um $1,30\% - 0,05\% = 1,25\%$ gesunken sind. Die Gewinne der Unternehmer steigen!
- dass die Zahl der Arbeitsplätze um 2 % abgenommen hat. Die Arbeitslosigkeit nimmt also trotzdem zu!



Was kann der Staat gegen Massenarbeitslosigkeit tun

Kurzfassung des SFV-Vorschlages für Jugendliche Von Wolf von Fabeck

Verschiedene Unternehmenstypen

Wer wissen will, wo man neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen könnte, sollte dort suchen, wo menschliches Einfühlungsvermögen, schöpferische Begabung, Intelligenz und Findigkeit unabdingbar laufend neu benötigt werden, nicht jedoch dort, wo monotone Arbeit darauf wartet, immer besser und schneller durch Automaten erledigt zu werden. Er sollte kurz gesagt, auf den Unterschied zwischen personalintensiven und energieintensiven Unternehmen achten. Nun ist allerdings nicht jeder Betrieb, in dem intelligente Lösungen gesucht wer-

den, ein personalintensiver Betrieb und nicht jeder Betrieb, in dem Computer die monotone Arbeit übernehmen, ein energieintensiver Betrieb. Der Übergang ist fließend und letztlich kommt es auf das Zahlenverhältnis zwischen eingesetztem Personal und eingesetzter Energie an.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann man einen Betrieb, in dem pro Person jährlich mehr als 100.000 Kilowattstunden verbraucht werden (nicht nur an Strom, sondern auch für Öl, Gas und andere Energieformen), zu den energieintensiven Betrieben zählen.

Personalintensive Unternehmen



Es gibt eine Menge wichtiger Unternehmen, in denen menschliche Arbeitskraft nicht durch Roboter ersetzt werden kann.

Dazu einige Beispiele:

- Ausbildung, Betreuung und Erziehung von Jugendlichen und Kindern.
- Instandsetzung von defekten Geräten
- Neuentwicklung von Arzneien
- Entwicklung besserer Verkehrssysteme
- Entwicklung neuer Computerprogramme
- individuelle Sonderanfertigungen im Handwerk
- Verfolgung von Verbrechen
- Versorgung von Kranken

Energieintensive Unternehmen



Wenn es um schwere körperliche Arbeit geht oder um schematische Arbeitsgänge, wie die Berechnung von Kontoständen, sind Arbeitsmaschinen, Industrieroboter und Computer dem Menschen überlegen.

Dafür gibt es zwei wichtige Gründe:

- Energie ist billig. Der elektrische Strom, den man braucht, um einen Sack Zement mit dem Aufzug in den zehnten Stock eines Neubaus zu heben, kostet z.B. nur einen Cent.
- Energie ist produktionsmächtig. Der Einsatz von Strom im Lastenaufzug ersetzt leicht mehrere Hilfsarbeiter. Unternehmen, in denen menschliche Arbeitskraft weitgehend durch Automaten ersetzt wird, bezeichnen wir als „energieintensiv“.

Besonders energieintensiv ist die Herstellung der sogenannten „Grundstoffe“ wie Stahl, Aluminium, Zement oder Kunstdünger in großen Industrieanlagen. Personal wird dort kaum noch beschäftigt.



Das Elend der personalintensiven Unternehmen - Abgaben und Steuern auf Personal sind vielfach höher als Energiesteuern

Die Beschäftigung von Menschen und der Kauf von Energie kosten Geld. Leicht vergisst man aber, dass die Unternehmen zusätzlich noch Steuern und Abgaben bezahlen müssen.

- Personalintensive Unternehmen beklagen sich bitter über die hohen Steuern und Abgaben für das beschäftigte Personal.
- Energieintensive Unternehmen jammern wegen der Steuern auf die Energie.

Nur wenige Menschen wissen, dass die Steuern und Abgaben für das Personal in Deutschland zusammengezählt mehr als fünfzehnmal so hoch sind wie die Steuern auf den Energieverbrauch aller Unternehmen.

Schlechte Lage der personalintensiven Unternehmen führt zur Massenarbeitslosigkeit

Die personalintensiven Unternehmen machen wegen der hohen Abgaben auf Personal kaum noch Gewinne. Viele von ihnen werden deshalb verkleinert oder sogar ersatzlos geschlossen. Das betrifft besonders das Handwerk. Ausbildungsplätze sind dort kaum noch zu bekommen.

Auch die Dienstleistungsunternehmen des Staates sind betroffen. Der Staat stellt wegen der hohen Personalkosten in seinen eigenen Unternehmen viel zu wenig Personal ein. So fehlen z.B. Lehrer: Die Schüler werden in Schulklassen unterrichtet, die so groß sind, dass der Lehrer sich um den einzelnen Schüler kaum noch kümmern kann. Außerdem kommt es zu Unterrichtsausfällen.

Probleme mit fehlendem Personal haben auch die Polizei und viele andere öffentliche Einrichtungen, die fast alle zu den personalintensiven Unternehmen zählen.

Die zusätzliche Belastung mit Sozialabgaben bei Beschäftigung von Personal ist ein Fehler

Wenn personalintensive Unternehmen verkleinert oder geschlossen werden, verlieren viele Menschen ihren Arbeitsplatz. So entsteht Arbeitslosigkeit. Dass es den energieintensiven Unternehmen vergleichsweise gut geht, ändert nur wenig an der Arbeitslosigkeit, denn sie beschäftigen nur wenige Menschen. Der wichtigste Grund für die hohe Arbeitslosigkeit sind also die hohen Abgaben, die von den Unternehmern für das beschäftigte Personal bezahlt werden müssen. Die Abgaben werden als "Sozialabgaben" bezeichnet, weil mit ihnen die gesetzliche Krankenversicherung, die Rentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung bezahlt werden. Diese Versicherungen werden als "Sozialversicherung" bezeichnet. Sie sind dringend notwendig, damit keiner verhungern muss und jeder bei Krankheit behandelt werden kann.

Aber es ist nicht gut, dass ausgerechnet die personalintensiven Unternehmen den größten Anteil für die Sozialversicherung bezahlen müssen. Hier ist eine Fehlentwicklung geradezu vorgeplant. Die Gewinne der personalintensiven Unternehmen verringern sich. Aber das ist noch nicht alles: Je schlechter es den personalintensiven Unternehmen geht, desto mehr Arbeitsplätze gehen verloren, desto höher steigt die Arbeitslosigkeit, desto mehr müssten eigentlich die Beiträge zur Arbeits-

losenversicherung erhöht werden, desto schlechter geht es dann wieder den personalintensiven Unternehmen und so weiter und so weiter; ein richtiger Teufelskreis!

Energiesteuer zur Finanzierung der Sozialversicherung entlastet die personalintensiven Unternehmen

Der Solarenergie-Förderverein Deutschland schlägt folgenden Ausweg aus dem aufgezeigten Teufelskreis vor:

Besser wäre es, wenn nicht die personalintensiven, sondern die energieintensiven Unternehmen den Löwenanteil für die Sozialversicherung zahlen. Das lässt sich auf einem Umweg erreichen:

1. Der Staat erhöht die Energiesteuer. So bekommt er das notwendige Geld hauptsächlich von den energieintensiven Unternehmen.

2. Mit dem eingenommenen Geld bezahlt der Staat selbst die Beiträge für die Sozialversicherung.

Die Folge dieser Umstellung wird sein, dass die personalintensiven Unternehmen endlich mehr Gewinne machen können. Unternehmer werden jetzt gerne neue personalintensive Unternehmen gründen oder vorhandene personalintensive Unternehmen vergrößern und mehr Personal einstellen. Es werden viele neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die energieintensiven Unternehmen müssen endlich indirekt über die Energiesteuer einen Beitrag zur Sozialversicherung zahlen. Einige von ihnen werden schließen, andere werden sich verkleinern. Dabei gehen natürlich auch Arbeitsplätze verloren, aber viel weniger, als bei den personalintensiven Unternehmen neu entstehen.

Mehrbelastung von Privatleuten durch erhöhte Energiesteuern? - Das Energiegeld als Ausgleich

Aber was geschieht mit den privaten Energieverbrauchern, den Autofahrern, den Leuten, die ihre Wohnung mit Gas oder Öl beheizen und mit den vielen privaten Stromverbrauchern? Auch für sie gibt es eine Lösung: Für alle Einwohner Deutschlands - auch Babys und Rentner - wird aus der erhöhten Energiesteuer jeden Monat ein "Energiegeld" von 100 Euro abgezweigt. Damit können sie die erhöhten Energiesteuern auf ihren privaten Energieverbrauch gut bezahlen. Wer sparsam mit Energie umgeht, macht sogar einen privaten Gewinn; wer Energie verschwendet, zahlt drauf. Wir können uns leicht ausrechnen, dass die Leute dann sparsamer mit Energie umgehen werden. Das ist ein weiterer Vorteil der Neuregelung. Außerdem ist das ein Anreiz zur Entwicklung energiesparender Fahrzeuge und Geräte, die später auch exportiert werden können.



Umsteuern durch Energiesteuern

Von Jürgen Grahl

Deutschland wird gebeutelt von tiefen Krisen: Die Arbeitslosenzahlen verharrten an der 5-Millionen-Marke, die Staatsschulden laufen aus dem Ruder, die Sozialsysteme stehen vor dem Kollaps, und sogar die „Zukunftsressource“ Bildung muss immer tiefgreifendere Einschnitte über sich ergehen lassen. Andererseits ist unser Bruttoinlandsprodukt (BIP), unsere Wertschöpfung, so hoch wie nie zuvor - und zwar nicht etwa nur nominal, sondern auch real, also inflationsbereinigt; selbst die oftmals für die Krise verantwortlich gemachte Verlagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer hat bisher nicht zu einem Rückgang der Wertschöpfung geführt, sondern lediglich zu einer Verlangsamung von deren Anstieg. Sofern man das BIP in grober Näherung als Wohlstandsindikator akzeptiert, müsste es „uns“ also eigentlich so gut gehen wie nie zuvor. Warum müssen „wir“ dann überall sparen? Warum fehlt allenthalben das Geld für Bildung, soziale Absicherung und andere Gemeinschaftsaufgaben? Die meisten Analysen sind sich in ihrer Antwort einig: Wir leiden an einer schlimmen „Wachstumsschwäche“; seit drei Jahren haben wir fast gar kein Wachstum mehr, unsere Wirtschaft „stagniert“. Hört man solche Worte, so drängt sich unterbewusst der Eindruck auf, es würde seit drei Jahren nichts oder fast nichts mehr produziert, obwohl „Nullwachstum“ doch nur bedeutet, dass zwar nicht mehr als im Vorjahr erwirtschaftet wird - aber auch nicht weniger! Das Bild von der „auf der Stelle tretenden“ Wirtschaft, die zum „Tabellenschlusslicht“ in Europa verkommen sei, ist ähnlich schief, als würde man dem Weltmeister im Hochsprung vorwerfen, dass er seine Bestleistung seit drei Jahren fast nicht mehr verbessert habe, während jeder Anfänger spielend Steigerungen von mehreren Zentimetern jährlich schaffe. Völlig verkannt wird dabei, dass in einer beschränkten Welt auf Dauer kein exponentielles Wachstum durchhaltbar ist, dass es vielmehr aufgrund von Basis- und Sättigungseffekten völlig natürlich ist, wenn die Wachstumsraten allmählich auf Null absinken.

Wie aber ist es möglich, dass es uns ohne Wachstum von Jahr zu Jahr schlechter geht (und nicht etwa noch genauso gut wie im Vorjahr), dass die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt (und nicht wenigstens auf dem bisherigen Niveau verharrt), dass Bildung und soziale Sicherungssysteme noch unfinanzierbar werden und die Staatsverschuldung vollends aus dem Ruder läuft? Wieso sind die Zeiten so schlecht, obwohl unser BIP höher ist als je zuvor und lediglich nicht „schnell genug“ weiter wächst? Diese doch eigentlich so naheliegenden Fragen werden in der öffentlichen Diskussion praktisch nie gestellt; wir haben uns völlig daran gewöhnt, dass unser „Wirtschaftsmotor“ nur reibungslos funktioniert, solange er auf einem „Wachstumspfad“ von durchschnittlich 3 % Wachstum pro Jahr gehalten wird - so als ob ein Automotor nur so lange rundlaufen würde, wie man die Benzinzufuhr ständig erhöht. Wie aber kommt es zu dieser regelrechten Wachstumsabhängigkeit?



Dr. rer. nat. Jürgen Grahl, geboren 1972, ist am Mathematischen Institut der Universität Würzburg tätig, seit Januar 1999 Ansprechpartner der SFV-Infostelle in Würzburg und seit 2002 stellvertretender Vorsitzender des SFV.

**Wieso sind die Zeiten so schlecht,
obwohl unser Bruttoinlandsprodukt
höher ist als je zuvor?**

Die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes ist heute noch immer weitgehend an den Faktor Arbeit gekoppelt, sei es in direkter Form über Löhne und Gehälter oder in indirekter Form über aus lohnbezogenen Beiträgen finanzierte Sozialleistungen. Und auch die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben einschließlich der Bildung erfolgt größtenteils über Steuern auf den Faktor Arbeit. In der Bundesrepublik trugen im Jahre 2002 zum Gesamtsteueraufkommen von 441,7 Milliarden Euro die Lohn- und Einkommensteuer einschließlich Solidaritätszuschlag 149,9 Milliarden, die Umsatzsteuern 138,2 Milliarden, die Mineralölsteuer 42,2 Milliarden, die Gewerbesteuer 23,5 Milliarden, die Stromsteuer 5,1 Milliarden und die Körperschaftsteuer 2,9 Milliarden bei [15]; die Sozialbeiträge beliefen sich auf 389,0 Milliarden Euro [16]. Historisch erklärt sich diese Fokussierung auf den Faktor Arbeit aus der Idee, die benötigten Gelder dort abzuschöpfen, wo die Wirtschaft ihren „Antrieb“ bezieht, nämlich bei der menschlichen Arbeitskraft. Den Realitäten einer modernen Wirtschaft wird ein solches Steuersystem jedoch nicht mehr gerecht: Längst erfolgt der Antrieb unserer Wirtschaft nicht mehr primär durch

menschliche Arbeit, sondern durch den Einsatz von Energie in ihren diversen Formen: zur Verrichtung mechanischer Arbeit in Maschinen und Robotern, zur Informationsverarbeitung in Computern und - was oft übersehen wird - zur Herstellung von Grundstoffen und Halbzeugen in der chemischen

Industrie, den Aluminiumschmelzen, Zementfabriken etc. Der Endenergieumsatz der Wärmekraftmaschinen in der Bundesrepublik entspricht der Arbeitsleistung von ca. 780 Millionen Schwerstarbeitern; für jeden Bundesbürger arbeiten im Schnitt 10 „Energiesklaven“ (wobei dieses Bild insofern irreführend ist, als es die Prozessenergie ausblendet, die sogar den Löwenanteil ausmacht). Von den Wirtschaftswissenschaften wird die überragende Bedeutung der Energie jedoch weitgehend ignoriert; diese sind bis heute in der Falle einer längst veralteten Begriffsbildung gefangen, billigen der Energie nicht einmal den Status eines eigenen Produktionsfaktors zu - als solche werden wie zu Zeiten von Adam Smith (1723-1790) noch immer unverdrossen Kapital, Arbeit und Boden angesehen. Wir sind somit in der tragischen Situation, heute noch mit den Begrifflichkeiten der präindustriellen Zeit zu operieren, in der nicht nur die Bedeutung der Energie weit von ihrer heutigen



entfernt, sondern der Begriff der Energie noch nicht einmal bekannt war! (Der wurde erst Anfang des 19. Jahrhunderts geprägt.)

Der tatsächliche Stellenwert der Energie als Produktionsfaktor wurde durch ökonometrische Untersuchungen von Naturwissenschaftlern und Ökonomen der Universitäten Karlsruhe, Köln und Würzburg ([9], [10], [11] und [13]) quantifiziert. Als Maß für die Leistungsfähigkeit eines Produktionsfaktors, für seinen „Beitrag“ zur Gesamtwertschöpfung wird dabei die sog. Produktionsmächtigkeit (Produktionselastizität) verwendet; diese gibt das Gewicht an, mit dem (prozentuale) Veränderungen im Einsatz des betreffenden Faktors auf die gesamte Wertschöpfung durchschlagen. Die Produktionsmächtigkeiten sind dimensionslose Größen zwischen 0 % und 100 %; eine Produktionsmächtigkeit von 0 % würde bedeuten, dass ein Mehr- oder Mindereinsatz des betreffenden Faktors die Wertschöpfung überhaupt nicht beeinflusst und der betreffende Faktor insofern völlig irrelevant ist; hingegen würde - um den anderen (ebenso hypothetischen) Extremfall zu betrachten - eine Produktionsmächtigkeit von 100 % bedeuten, dass sich die Wertschöpfung völlig im Gleichschritt mit dem betreffenden Faktor entwickelt und dieser insofern der allein bestimmende ist. Die in der Realität zu beobachtenden Produktionsmächtigkeiten liegen natürlich irgendwo zwischen beiden Extremen, zwischen 0 und 100 %. Addiert man die Produktionsmächtigkeiten aller im jeweiligen Modell berücksichtigten Produktionsfaktoren, so erhält man 100 %. Aus den Zeitreihen der beobachteten Faktoreinsatzmengen für Kapital, Arbeit und Energie sowie der realen (inflationbereinigten) Wertschöpfung wurden in den genannten Untersuchungen nun mit mathematischen Optimierungsverfahren die Produktionsmächtigkeiten empirisch bestimmt. (Detaillierter ist dies in [8] erläutert.) Für den Faktor Energie ergibt sich hiernach in Deutschland im Mittel der Jahre 1960 bis 2000 eine Produktionsmächtigkeit von 41 %, für menschliche (Routine)arbeit hingegen eine Produktionsmächtigkeit von nur noch 12 %; der Rest entfiel auf den Faktor Kapital (33 %) sowie den Einfluss menschlicher Kreativität (14 %), d. h. nicht quantitativ, aus der Veränderung des Faktoreinsatzes erklärlichen Fortschritt [13]. Ähnliche Werte wurden für die USA und Japan ermittelt. Bestätigt wurde dies durch Analysen von R. Ayres und B. Warr von der European School of Business Administration in Fontainebleau [1], die mit diesem Modell die Wirtschaftsentwicklung der USA im gesamten 20. Jahrhundert allein durch das Zusammenspiel von Kapital, Arbeit und Energie bis auf geringe Abweichungen von maximal 12 % erklären konnten, während die neoklassische Wachstumstheorie hier völlig versagt und gerade einmal 12,5 % des im Zeitraum 1909 bis 1949 beobachteten Wirtschaftswachstums quantitativ fassen kann, die „restlichen“ 87,5 % hingegen, das sog. Solow-Residuum, dem nicht genauer erklär- und quantifizierbaren „technischen Fortschritt“ zuschreiben muss, der „praktisch wie Manna vom Himmel“ falle ([3], S. 113). (Ähnliches gilt übrigens für die während der Ölkrise beobachteten massiven Konjunkturinbrüche, die aus der neoklassischen Wachstums-

Von den Wirtschaftswissenschaften wird die überragende Bedeutung der Energie weitgehend ignoriert

Der Faktor Energie ist etwa fünfmal „produktiver“ als menschliche Arbeit, obwohl er nicht einmal ein Zehntel der Kosten verursacht.

theorie heraus nicht angemessen erklärt werden können.)

Die genannten Produktionsmächtigkeiten stehen in einem eklatanten Missverhältnis zu den Kosten der beiden Faktoren: Auf den Faktor Arbeit entfallen in den westlichen Industrienationen etwa 65 % der Produktionskosten, auf den Faktor Energie lediglich etwa 5 %. Vereinfacht ausgedrückt bedeuten diese Werte: Eine Ausweitung des Einsatzes an Arbeit um z. B. 10 % (bei konstantem Einsatz von Kapital und Energie) lässt die Wertschöpfung im Mittel über die gesamte Volkswirtschaft nur um 1,2 % steigen (nämlich um 9 % von 10 %), die Kosten jedoch um 6,5 % (nämlich um 65 % von 10 %); hingegen bewirkt eine Erhöhung des Energieeinsatzes um ebenfalls 10 % (bei gleichbleibendem Einsatz von Arbeit und Kapital) eine Steigerung der Wertschöpfung um durchschnittlich 4,1 %, erhöht die Kosten aber lediglich um 0,5 %. Der Faktor Energie ist also etwa fünfmal „produktiver“ als menschliche Arbeit, obwohl er nicht einmal ein Zehntel der Kosten verursacht. Doch im Gegensatz zur menschlichen Arbeit wird die von der Energie derart billig ermöglichte Wertschöpfung bisher nur in fast vernachlässigbarem Umfang zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben und des Sozialstaates herangezogen!

Diese Zahlen machen die Grundtendenz der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten verständlich: die Ersetzung von teurer - zudem hoch besteuert - und relativ ineffektiver menschlicher Arbeitskraft durch billige und effektive „Energiesklaven“ im Zuge von Rationalisierung und Automatisierung. Hierbei werden fortlaufend Arbeitskräfte „freigesetzt“ (wie die massenhafte Vertreibung von Menschen in die soziale Ungewissheit der Arbeitslosigkeit oftmals so euphemistisch umschrieben wird), die nur dann an anderer Stelle unterkommen können, wenn die Volkswirtschaft insgesamt schnell genug expandiert, wenn also an anderer Stelle neue Betriebe entstehen. Erfahrungsgemäß ist dies erst ab der sog. „Beschäftigungsschwelle“ von 2 % bis 3 % Wachstum der Fall: So viel Wachstum wird Jahr für Jahr benötigt, nur um die Arbeitslosigkeit wenigstens konstant zu halten - und noch mehr, um sie allmählich abzubauen. Dies ist der tiefere Hintergrund des von den Ökonomen geforderten „Wachstumspfads“. Und da der Faktor Arbeit, wie eingangs erwähnt, den zentralen „Transmissionsriemen“ für die Verteilung des erwirtschafteten und die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben darstellt, führen niedrigere Wachstumsraten zu einer permanenten Zuspitzung der Krise der Sozialversicherungen und der Staatsfinanzen, also dazu, dass immer weniger Geld für Bildung und Forschung, Gesundheit, Renten, Umweltschutz und andere Gemeinschaftsaufgaben zur Verfügung steht.

Wie kann es sein, dass diese Zusammenhänge in der gegenwärtigen „Reform“-diskussion fast nie thematisiert werden? Zum einen rührt es daher, dass wir Rationalisierung und Automatisierung mit „Fortschritt“ identifizieren und entsprechend kritiklos willkommen heißen - die notwendige Anpassung unseres veralteten Steuersystems an die veränderten Bedingungen einer modernen Wirtschaft aber „vergessen“ haben. Zum an-



deren suggeriert die gängige Formulierung von der „gestiegenen Arbeitsproduktivität“, dass die erwirtschafteten Zuwächse allein dem Faktor Arbeit zu danken seien, und ignoriert den maßgeblichen Beitrag, den die Energie hierzu geleistet hat; „gestiegene Arbeitsproduktivität“ bedeutet jedoch lediglich, dass für die gleiche Wertschöpfung jetzt weniger menschliche Arbeit benötigt wird (bzw. dass mehr produziert werden muss, um noch genauso viel Arbeit einsetzen zu können!); im (hypothetischen) Extremfall einer vollautomatisierten Fabrik wäre die Arbeitsproduktivität unendlich hoch!

In Ermangelung tiefergehender Erklärungen werden zumeist die angebliche „Kostenexplosion“ bei den Sozialleistungen und die demographische Entwicklung für die derzeitigen Probleme verantwortlich gemacht. Beides ist nicht stichhaltig: Zwar sind die absoluten Kosten der

Sozialkassen in den letzten Jahrzehnten gestiegen, aber stets in erstaunlichem Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung. „Die Sozial-

leistungsquote, also der Teil des BSP, der für Soziales ausgegeben wird, hat sich [...] seit 1975 nicht wesentlich verändert. Sie lag und liegt bei rund 30 %. [...] Selbst die viel beschworenen Lasten und Kosten der deutschen Einheit und eine Rekordarbeitslosigkeit haben die gesamtdeutsche Sozialleistungsquote (34 %) nur marginal über das Niveau der 70er Jahre steigen lassen.“ (Boxberger/Klimenta [2], S. 67 f.) Im Jahr 2001 lag die gesamtdeutsche Sozialleistungsquote immer noch bei 32,1 % [17]. Von einer „Kostenexplosion“ kann also keine Rede sein. Explodiert sind allerdings die Beitragssätze: von ca. 27 % im Jahre 1975 auf derzeit 42 % - unvermeidliche Folge der Erosion der traditionellen Finanzierungsbasis, des Faktors Arbeit. Dies macht deutlich, dass der Sozialstaat kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem hat, und es widerlegt auch

Der Sozialstaat hat kein Ausgaben- sondern ein Einnahmenproblem

die These von den demographiebedingten „Lasten“: In einer Gesellschaft mit einer „günstigeren“ Altersstruktur gäbe es zwar weniger Rentner - aber auch mehr Arbeitsuchende im erwerbstätigen

Alter und somit (unter heutigen Rahmenbedingungen!) noch mehr Arbeitslose. Die demographische Entwicklung belastet zwar die Rentenkassen, entlastet aber in etwa gleichem Maße die Arbeitslosenversicherung. (In der Tat ist die Frühverrentung ja in den letzten Jahren bis an die Grenze des Missbrauchs genutzt worden, um den Arbeitsmarkt zu entlasten.) Die „Überalterung“ der Gesellschaft für die Krise der Sozialsysteme in Haftung zu nehmen, geht an der tieferen Ursache vorbei - an der Tatsache, dass unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nicht genügend Arbeit für alle angeboten wird, auf die sich die Finanzierung des Sozialstaats stützen ließe. Gleiches lässt sich übrigens auch über die aktuell diskutierten Forderungen nach längeren Arbeitszeiten, früherer Einschulung und einer Verkürzung der gymnasialen Schulzeit sagen, denen die Hoffnung auf mehr Beitragszahler zugrundeliegt: Alle diese Maßnahmen würden den Arbeitsmarkt noch mehr belasten und sind in einer Zeit von über vier Millionen Arbeitslosen schlicht deplatziert - ganz zu schweigen davon, dass die sich in solchen Vorschlägen andeutende Reduktion von menschlichen Individuen auf beitragszahlendes „Humankapital“ (oder

sollte man sagen „Menschenmaterial“?) einer modernen Gesellschaft unwürdig ist.

Angesichts der extremen Schieflage zwischen Arbeit und Energie verblasst übrigens die heutige Arbeitslosigkeit (und damit Finanzierungsfrage) gegenüber der uns noch drohenden geradezu: Ohne konsequentes Gegensteuern bewegen wir uns in Richtung einer 20:80-Gesellschaft, in der nur noch 20 % Arbeit finden, 80 % aber schlichtweg nicht mehr gebraucht werden und durch „tittytainment“, eine „Mischung aus betäubender Unterhaltung und ausreichender Ernährung“ ([12], S. 13), durch eine moderne Form von „Brot und Spiele“ also, davon abgehalten werden sollen, aus Frust alles kaputtzuschlagen. (Die Vorhersage einer 20:80-Gesellschaft entstammt nicht etwa der Hysterie von Globalisierungsgegnern, sondern

einer von Michail Gorbatschow organisierten, hochkarätig besetzten Konferenz von 500 Politikern, Wirtschaftsführern und Wissenschaftlern der ganzen Welt in San

Francisco im September 1995; vgl. [12]) Und selbst wenn sich diese Prognose als zu pessimistisch erweisen sollte: Auch „nur“ eine „40:60-Gesellschaft“ wäre mehr als desaströs.

Jetzt wird auch einsichtig, weshalb die maßgeblichen wirtschaftspolitischen Konzepte unserer Zeit, sowohl der bis in die 1970er Jahre dominante nachfrageorientierte Keynesianismus als auch der seither scheinbar alternativlos herrschende angebotsorientierte Neoliberalismus, keine adäquate Antwort auf die heutigen Krisenerscheinungen haben (siehe hierzu ausführlich [6]): Bei beiden auf den ersten Blick so konträr wirkenden Ansätzen handelt es sich letztlich um „trickling down“-Theorien, denen es in erster Linie um die Förderung des Wachstums geht - in der selbstverständlichen Erwartung, dieses werde automatisch allen zugute kommen. Sie unterscheiden sich lediglich in den Methoden, wie sie Wachstum stimulieren wollen: Der Neoliberalismus will durch Steigerung der Unternehmensgewinne, Deregulierung und „Ent-

fesselung“ der Marktkräfte Investitionen ermöglichen, die zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen sollen, während die (Neo-)Keynesianer auf eine Dämpfung der Konjunkturschwankungen durch antizyklische Haushaltspolitik, Wirtschaftsankurbelung durch staatliches „deficit spending“ sowie die Förderung der Binnennachfrage setzen.

Der Denkfehler im neoliberalen Ansatz, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze das Investitionsklima zu verbessern, liegt darin, dass Investitionen heute nur noch bedingt in den Faktor Arbeit fließen: In Deutschland wird seit 30 Jahren etwa ebenso viel in arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungsmaßnahmen investiert wie in Arbeitsplätze schaffende Kapazitätserweiterungen; erst an der Beschäftigungsschwelle, jenen magischen 3% Wachstum pro Jahr, gewinnen die Erweiterungsinvestitionen allmählich die Oberhand. Auch eine Entlastung der Unternehmen ändert nichts an der relativen Unrentabilität der menschlichen Arbeit gegenüber Kapital und Energie: Arbeitsplätze entstehen nicht aus „karitativen“ Motiven, weil sich die Unternehmen diesen „Luxus“ aufgrund ihrer Gewinnsituation gewissermaßen „leisten“ könnten, sondern nur dann, wenn es

Die Anpassung unseres Steuersystems an die Bedingungen einer veränderten Wirtschaft wurde vergessen.



betriebswirtschaftlich sinnvoll ist - was unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen allzu häufig nicht der Fall ist: Es wird oft über die angeblich fehlende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aufgrund des hohen Lohnniveaus geklagt - weitgehend zu Unrecht, immerhin ist Deutschland nach wie vor Exportweltmeister; der wesentlich bedeutsamere Verdrängungswettbewerb zwischen den Produktionsfaktoren hingegen wird komplett vernachlässigt. Die Börsen hingegen haben das Gefälle in den Produktionsmchtigkeiten zumindest intuitiv längst erkannt, was daran deutlich wurde, dass sie während des Booms der 1990er Jahre die Ankündigung von Massenentlassungen regelmäßig mit wahren Kursfeuerwerken honoriert haben.

Auch die (neo-)keynesianischen Vorschläge, zur Konjunkturankurbelung neue Schulden in Kauf zu nehmen, kranken an der unkritischen Übernahme des Wachstumsparadigmas: Zwar handelt es sich bei der Idee der antizyklischen Haushaltspolitik um einen durchaus richtigen und vernünftigen Ansatz, der den USA (im Rahmen von Franklin D. Roosevelts „New Deal“) aus der Weltwirtschaftskrise heraus half, während in Deutschland die prozyklische Sparpolitik Brüning zu einer drastischen Verschärfung der Krise führte. Aber die heutige Situation ist mit der damaligen nicht vergleichbar: Wäre die heutige Arbeitslosigkeit konjunkturell bedingt, dann wäre (vorübergehendes!) staatliches „deficit spending“ zur Wirtschaftsankurbelung in der Tat sinnvoll. Von konjunktureller Arbeitslosigkeit kann aber bei weiterhin, wenn auch „nicht schnell genug“ wachsender Wirtschaft nicht die Rede sein; vielmehr ist unsere Arbeitslosigkeit weitgehend strukturell bedingt, durch die Schiefelage zwischen Arbeit und Energie. Dass dennoch allenthalben von „Konjunkturschwäche“ und „lahmender Wirtschaft“ gesprochen wird, ist eine Folge der unhaltbaren Vorstellung vom auch langfristig einzuschlagenden „Wachstumspfad“ von 3 % pro Jahr; so wird bereits ein Absinken auf 0,5 % oder 1 % als „Wirtschaftseinbruch“ wahrgenommen, der dann eine staatliche Neuverschuldung rechtfertigt. Die Grenze zwischen „guten“ und „schlechten“ Zeiten wird völlig falsch gezogen; sie wird nicht etwa, wie es vernünftig wäre, durch die Nulllinie („Nullwachstum“) markiert, sondern durch jenen „Wachstumspfad“ von 3 %. Die Konsequenz: Seit über 30 Jahren haben wir fast nur noch schlechte Zeiten, weil wir jene 3 % schlichtweg nicht mehr erreichen, müssen daher die Wirtschaft permanent „ankurbeln“ und nehmen dazu von Jahr zu Jahr immer gigantischere Schulden auf. Diese würden wir auch tilgen, sobald mal wieder „gute“ Zeiten kämen; nur: Die guten Zeiten wollen partout nicht kommen - unvermeidliche Folge unserer verzerrten Betrachtungsweise. Das Ganze ist aus zwei Gründen fatal: Zum einen bedeuten die damit verbundenen Zinszahlungen (derzeit ca. 40 Milliarden Euro pro Jahr allein auf die Bundesschuld) eine gigantische Umverteilung von unten nach oben, von der Gesamtheit der Steuerzahler hin zu den Vermögenden; zudem verstärken die immer drückenderen, durch den Zinseszinsseffekt dramatisch eskalierenden Zinslasten die Wachstumabhängigkeit noch weiter, da nur durch weiteres Wachstum die Belastung halbwegs erträglich, die Zins-

zahlungen finanzierbar gehalten werden können. Zum anderen bleibt das solchermaßen viel zu teuer bezahlte Wachstum ohne erkennbare positive Auswirkungen, vermag allenfalls den weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit etwas zu bremsen. Ein neuerlicher kräftiger „Schluck aus der Pulle“, eine weitere Erhöhung der Neuverschuldung würde die Probleme nicht lösen, sondern verschärfen. Angesichts des Schuldenabgrunds, an dem wir heute schon stehen, sind diesbezügliche Überlegungen (wie sie auch die aktuelle Diskussion um die Steuerreform geprägt haben) bestenfalls als Ausdruck völliger Verzweiflung und Ratlosigkeit zu interpretieren. Desweiteren verkennen die Neokeynesianer, dass die von ihnen ebenfalls propagierten Lohnerhöhungen zur Stärkung der Binnennachfrage das oben beschriebene Ungleichgewicht zwischen Arbeit und Energie weiter vergrößern und damit den Rationalisierungsdruck, der auf der Arbeit lastet, noch erhöhen würden. Auch in dieser Hinsicht mutet der neokeynesianische Ansatz wie ein verzweifelter Versuch an, sich in Münchhausenscher Manier am Schopf der Problemursachen aus dem Sumpf der Probleme herauszuziehen.

Beide Konzepte, das keynesianische wie das neoliberale, sind also im Paradigma fortdauernden Wirtschaftswachstums gefangen; die unreflektierte gedankliche Identifikation von „Wachstum“ mit positiv besetzten Begriffen wie „Fortschritt“ oder „Aufschwung“ hat den Blick darauf verstellt, wie sehr uns die Schiefelage zwischen Arbeit und Energie geradezu zu Sklaven des Wachstums gemacht hat. Diesen grundlegenden Strukturfehler unseres Wirtschaftssystems durch eine Ankurbelung der Konjunktur lösen zu wollen, ist in etwa so sinnvoll, als würde man eine blockierende Bremse am Auto nicht reparieren, sondern zur Kompensation der erhöhten Reibung immer stärkere Motoren einbauen.

Fassen wir zusammen: Bei den heutigen Krisenerscheinungen handelt es sich nicht um eine Wirtschaftskrise im eigentlichen Sinne; vielmehr sind sie Ausdruck einer tiefen strukturellen Schwäche des Faktors Arbeit, die aus dem Ungleichgewicht zwischen Arbeit und Energie resultiert. Angesichts der hauptsächlichlichen Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben über Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit hat diese strukturelle Schwäche dazu geführt, dass die gleichermaßen wichtigen Ziele „Schaffung von Arbeitsplätzen“ einerseits und „Finanzierung von Sozialstaat, Bildung usw.“ in einen vermeintlich unauflösbaren Grundkonflikt geraten sind: Um die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erleichtern, müsste Arbeit „attraktiver“, sprich billiger werden, was den Abwurf des „sozialen Ballastes“ gebieten würde, also die Preisgabe des zweiten Ziels!

Um die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben dauerhaft zu sichern, ist es daher dringend geboten, dafür endlich auch den Faktor mit der höchsten Produktionsmchtigkeit, die Energie, heranzuziehen und im Gegenzug die Arbeit zu entlasten. Dies entspricht dem Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, das in Deutschland Verfassungsrang genießt, nun allerdings von den Individuen auf die Produktionsfaktoren übertragen werden muss. Die heutige Lohn- und Einkommenssteuer wie auch die Sozialabgaben müssen grobenteils durch

**Neoliberalismus und
Neokeynesianismus unterscheiden sich
lediglich in den Methoden,
wie sie Wachstum stimulieren wollen.**



Energiesteuern abgelöst werden. Dass die sich dabei ergebenden Belastungen durchaus tragbar sind, zeigt folgendes Gedankenexperiment: Um sämtliche heutigen Steuern und Sozialabgaben durch Energiesteuern zu ersetzen (was in dieser Form nicht beabsichtigt ist), würde eine Steuer von 21 Cent pro Kilowattstunde Primärenergie bzw. 34 Cent pro Kilowattstunde Endenergie genügen. Selbstredend ist eine solch fundamentale Umstellung nicht über Nacht zu bewerkstelligen, sondern muss in relativ kleinen Schritten über einen Zeitraum mehrerer Jahrzehnte geschehen, wie es auch das Konzept der „ökologischen“ Steuerreform vorsieht. (Wie der skizzierte, gänzlich ohne ökologische Argumente auskommende Ansatz zeigt, ist diese Namensgebung eigentlich unglücklich weil irreführend. Vielleicht sollte man besser von „Arbeitsentlastungssteuer“ sprechen.) Auch aufgrund ungeschickter „Vermittlung“ und inkonsequenter Umsetzung - Man denke an die allzu weit gefassten Ausnahmeregelungen für das produzierende Gewerbe! - ist dieses Konzept leider weithin in Misskredit geraten. Es sei darum noch einmal ausdrücklich betont, dass es dabei nicht um ein kurzfristiges Stopfen von Haushaltslöchern geht, sondern um eine aufkommens- und verteilungsneutrale (!) Anpassung unseres aus dem 19. Jahrhundert stammenden Steuersystems an die Realitäten einer modernen Wirtschaft, darum, die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben wieder auf ein solides, langfristig tragfähiges Fundament zu stellen.

Die wichtigsten Einwände gegen dieses Konzept sollen im folgenden kurz diskutiert werden:

1. Oft ist zu hören, es sei sinnlos, sich wie die Maschinenstürmer des 19. Jahrhunderts gegen Rationalisierung und Automatisierung aufzulehnen. Darum geht es aber gar nicht: Soweit die Ersetzung menschlicher Routinearbeit durch Maschinen und Computer ein Mehr an Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt ermöglicht, wäre es falsch, sie aufhalten zu wollen; schon gar nicht soll Schwerarbeit wieder von Maschinen auf menschliche Arbeiter zurückverlagert werden. Es geht vielmehr darum, die mittels Maschinen und Computern geschaffene Wertschöpfung angemessen zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben heranzuziehen. Dies wird es möglich (und finanzierbar!) machen, die Menschen vorwiegend dort einzusetzen, wo sie ihre wahren menschlichen Potentiale entfalten können: im sozialen Bereich, im Bildungswesen oder in wissenschaftlichen, künstlerischen oder sonstigen kreativen Berufen - alles Bereiche, in denen bereits heute an sich genügend Arbeit vorhanden wäre, für die aber das Geld fehlt. Ferner wird die heute schier unbezahlbare (arbeitsintensive) Reparatur von Geräten mit oft nur geringfügigen Defekten gegenüber der ressourcenverprassenden Produktion eines neuen Geräts wieder lohnenswert. Und ganz nebenbei wird durch das Schließen der Schere zwischen Brutto und Netto der Anreiz zur Schwarzarbeit reduziert.

2. Immer wieder wird die angebliche Unmöglichkeit nationaler Alleingänge ins Feld geführt. Diese Argumentation übersieht, dass es zu keinen Mehrbelastungen, sondern nur zu einer Umschichtung der Belastung kommt, welche für die Volkswirtschaft insgesamt keine Wettbewerbsnachteile mit sich

bringt. Vielmehr wird ein Strukturwandel ausgelöst, hin zu sinkender Energieintensität und steigender Arbeitsintensität; insgesamt wird die Arbeitsmarktbilanz der Reform ausgesprochen positiv sein. Um nur ein konkretes Beispiel zu geben: Anstelle in Massenproduktion gefertigter billiger, aber kurzlebiger Wegwerfprodukte werden verstärkt wieder qualitativ hochwertige, langlebige und reparaturfreundliche Produkte angeboten werden. Dadurch entstehen nicht nur neue Arbeitsplätze, insbesondere bei kleinen und mittelständischen Betrieben, z.B. im Handwerk; es eröffnen sich für die deutsche Wirtschaft sogar zusätzliche Exportchancen; das Gütezeichen „Made in Germany“ kann dadurch zu seinem früheren Glanz zurückfinden.

Auch in Nachbarländern, in denen die Reform noch nicht eingeführt wurde und deshalb geeignete Reparaturwerkstätten noch nicht wieder entstanden sind, kann Reparaturfreundlichkeit dennoch ein Verkaufsargument werden. Das Angebot einer Grundüberholung defekter Geräte im deutschen Herstellerwerk und das Angebot vollständig überholter, neuwertiger Austauschgeräte mit erneuerter Garantie kann den Export beleben.

Dann würde es sogar zu verschmerzen sein, wenn (im ungünstigsten Fall!) etwa die Aluminiumindustrie mit ihren vergleichsweise wenigen Beschäftigten abwandern sollte. Wichtig hierbei ist allerdings, dass bei den „Verlierern“ dieses Strukturwandels die Arbeitsplätze nicht schneller vernichtet werden, als sie bei den „Gewinnern“ neu entstehen; dies wird durch die schrittweise Umsetzung der Reform gewährleistet. Ob es auch möglich ist, die hier postulierte weitgehende Umschichtung der Steuer- und Abgabenlast von der Arbeit zur Energie im Alleingang über vielleicht 20 bis 25 Jahre durchzuhalten, sei dahingestellt, da dies eine akademische Frage ist: Zum einen wird eine stärkere Energiebesteuerung bereits heute

in zahlreichen europäischen Ländern praktiziert (u.a. in Großbritannien, Schweden, den Benelux-Staaten und Spanien) - wenn auch

eher halbherzig; vor allem aber wird ein Land, das eine entschlossene Vorreiterrolle übernimmt, nicht lange allein bleiben: Wenn nach einigen Jahren die Segnungen der Reform offenkundig werden, werden auch die anderen Länder nachziehen.

3. Weiter werden höhere Energiepreise häufig als unsozial bezeichnet. Das Gegenteil ist richtig: Die skizzierte Reform hilft, den sozialen Frieden zu bewahren, indem sie zur Stabilisierung der Sozialsysteme und zur Überwindung der Arbeitslosigkeit beiträgt. Durch sinkende Personalkosten werden soziale Dienstleistungen, etwa im Gesundheits- oder Bildungsbereich wieder bezahlbar. Der Einwand, Energieverteuerung sei unsozial, lässt wiederum außer acht, dass im gleichen Maße Steuern und Abgaben gesenkt werden, sich also an der Gesamtbelastung nichts ändert. Wichtig (gerade auch im Hinblick auf die Akzeptanz) ist in diesem Zusammenhang, dass die Reform nicht nur aufkommensneutral erfolgt (die Energiesteuereinnahmen also vollständig zurückgegeben werden), sondern auch verteilungsneutral ausgestaltet wird, es also nicht zu einer systematischen Umverteilung z. B. zwischen Haushalten und Un-

Unreflektierte gedankliche Identifikation von „Wachstum“ mit positiv besetzten Begriffen wie „Fortschritt“ oder „Aufschwung“ ... macht uns zu Sklaven des Wachstums.



ternehmen oder zwischen Arbeitenden und Rentnern kommt. (Das Kriterium der Aufkommensneutralität erfüllt die rot-grüne Ökosteuer weitgehend, das der Verteilungsneutralität leider nicht: Anders als die Beitragszahler, die ja von sinkenden Rentenbeiträgen profitieren, erhalten Rentner und andere Beziehler von Transfereinkommen keine Kompensation - also etwa eine Rentenerhöhung - für die steigenden Energiepreise.) Unter dem Strich belastet wird allerdings derjenige, der überdurchschnittlich viel Energie verbraucht; er kann dies freilich in vielen Fällen durch energiesparendes Verhalten ausgleichen. Insofern können die meisten Menschen zu einem beträchtlichen Teil selbst Einfluss darauf nehmen, wie hoch ihre Aufwendungen für Energie sind (wohingegen die heutigen Sozialbeiträge durch individuelles Verhalten nicht beeinflusst werden können!) Zugegeben ist dies nicht immer in jedem Einzelfall möglich, was mitunter doch zu gewissen Härten führen könnte. Diese werden jedoch durch die behutsame, schrittweise Umsetzung der Reform über viele Jahre, welche den Bürgern genügend Zeit gibt, sich auf die Veränderungen einzustellen, auf ein Minimum reduziert. In keiner Weise vergleichbar sind solche vereinzelt (und vorübergehenden) Härten mit den (dauerhaften!) Grausamkeiten, die aus der neo-liberalen Gruselkiste drohen. Übrigens muss Energiesparen keineswegs mit Einschränkungen und Verlust an Lebensqualität verbunden sein, sondern kann z. B. auch den Umstieg auf verbrauchsärmere Autos oder Haushaltsgeräte bedeuten.

4. Ein durchaus berechtigter Einwand ist hingegen der folgende: Die gegenwärtige Steuerprogression bei der Lohn- und Einkommensteuer ermögliche es, höhere Einkommen auch prozentual stärker zu belasten und auf diese Weise den „starken Schultern“ mehr aufzubürden als den schwachen; dieses ausgleichende und umverteilende Element fehle bei der Energiebesteuerung. Aber dieses Problem ist leicht lösbar: Es genügt, die Entlastungen auf den Bereich der kleinen und mittleren Einkommen zu konzentrieren. Dies ist z.B. durch eine Senkung des Eingangssteuersatzes und Erhöhung des Grundfreibetrages und/oder die Auszahlung eines einkommensunabhängigen Energiegeldes an jeden Bürger erreichbar. Davon profitieren alle Einkommen - auch die höheren, denn auch für diese sinkt (selbst bei gleichbleibendem Spitzensteuersatz!) der für die Steuerbelastung allein maßgebliche durchschnittliche Steuersatz. Auf diese Weise bleibt die ausgleichende Funktion des Einkommensteuertarifs vollständig erhalten. Die Energiesteuereinnahmen für eine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes zu verfrühstücken, wäre hingegen in der Tat unsozial und verantwortungslos.

5. Man hört oft mit abfälligem Unterton, die Einnahmen aus der Ökosteuer würden ja „nur“ zum Stopfen der Löcher in den Rentenkassen verwandt, nicht oder nur zu einem kleinen Teil für ökologische Projekte. Dieses Argument verkennt völlig die

oben aufgezeigte ökonomisch-soziale Bedeutung der Reform; zudem ist es auch für die ökologische Wirkung der Steuer nicht erforderlich, dass die erzielten Einnahmen dem Umweltschutz zugute kommen; der ökologische Effekt liegt vielmehr bereits in der Lenkungswirkung steigender Energiepreise und der Verteuerung der energieintensiv hergestellten Grundstoffe. Für konkrete ökologische Projekte gibt es oftmals eigene, teilweise sogar noch bessere Förderinstrumente, für die Förderung der erneuerbaren Energien z.B. das EEG.

6. Hartnäckig hält sich schließlich auch die Behauptung, die Verquickung von ökologischer Zielsetzung und Finanzierung der Sozialversicherung sei ein grundlegender Strukturfehler, denn sobald die beabsichtigte Lenkungswirkung eintrete, würden die für die Rentenkasse benötigten Einnahmen versiegen, Energiesteuern entzögen sich somit ihre eigene Besteuerungsgrundlage. Dies ist arithmetischer Unsinn, denn natürlich lässt sich der Energieverbrauch lediglich verringern, niemals aber auf Null absenken; selbst wenn wir auf lange Sicht z.B. 70 %

einsparen können, werden auch dann noch 30 % für die Besteuerung zur Verfügung stehen. Dass die Steuersätze, bezogen auf die Energieeinheit, dann entsprechend höher liegen müssen, um die gleichen Gesamteinnahmen zu erzielen, ist völlig unproblematisch, da sich ja

der Verbrauch im gleichen Maße reduziert hat: Wenn in 20 Jahren die Autos nur noch 3 Liter Benzin (bis dahin hoffentlich aus nachwachsenden Rohstoffen!) auf 100 km benötigen, dann darf der Liter auch 3 Euro kosten, ohne den Autofahrer mehr zu belasten als heute. Zudem bedeutet sinkender Verbrauch nicht-erneuerbarer Energien eine Entlastung des Staates von den externen Kosten der Energienutzung (z.B. Kosten durch Umweltschäden), die an die Bürger weitergegeben werden kann. Wichtig wird es allerdings sein, auch die erneuerbaren Energien der Besteuerung zu unterwerfen, denn sonst würde in der Tat nach der vollständigen Ablösung von Kohle und Atom die Besteuerungsbasis entfallen (siehe hierzu ausführlich [7]).

Die Einbeziehung der Energie in die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben wird das zentrale, aber keineswegs das einzige Instrument des hier skizzierten Politikentwurfs sein. So muss z. B. auch der Faktor Kapital wieder weitaus konsequenter als heute besteuert werden; insbesondere sind weder der Verzicht auf die Vermögensteuer zu rechtfertigen noch die immer weitergehende Senkung des Spitzensteuersatzes. Dringend geboten ist die Heranziehung des Faktors Kapital nicht nur zur Kompensation der zinsbedingten Umverteilung von unten nach oben; sie ist auch gerechtfertigt durch die bereits erwähnte hohe Produktionsmächtigkeit des Faktors Kapital (33%), hinter der die Produktionsmächtigkeit der menschlichen Arbeit (12%) weit zurückbleibt. Leider wird die politische Umsetzbarkeit einer angemessenen Kapitalbesteuerung derzeit durch die extreme Mobilität des Kapitals massiv erschwert: Angesichts der Furcht vor Kapitalflucht sind die ein-

Es geht vielmehr darum, die mittels Maschinen und Computern geschaffene Wertschöpfung angemessen zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben heranzuziehen. Dies wird es möglich (und finanzierbar!) machen, die Menschen vorwiegend dort einzusetzen, wo sie ihre wahren menschlichen Potentiale entfalten können: im sozialen Bereich, im Bildungswesen oder in wissenschaftlichen, künstlerischen oder sonstigen kreativen Berufen - alles Bereiche, in denen bereits heute an sich genügend Arbeit vorhanden wäre, für die aber das Geld fehlt.



zelen Staaten zunehmend erpressbar geworden, werden in immer neue Steuersenkungswettläufe hineingezwungen, weil ihnen niedrige Steuereinnahmen lieber sein müssen als überhaupt keine Einnahmen. Dieses Dilemma wird sich letztlich wohl nur durch die Einigung auf internationale Mindeststeuersätze völlig lösen lassen. (Hingegen sind bei der Energiebesteuerung wie erwähnt auch nationale Vorreiterrollen möglich.) Andererseits wird aber die Verlagerung der Steuer- und Abgabenlast von der Arbeit zur Energie zu einer strukturellen Stärkung des Faktors Arbeit führen, die Überlegenheit des Faktors Kapital reduzieren und es damit zumindest erleichtern, diesen ebenfalls wieder stärker zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben heranzuziehen. Ebenso wird die mit einer Energieverteuerung einhergehende Verteuerung der Transporte nicht nur mancherlei ökologisch fragwürdige Auswüchse unterbinden - so reist z. B. ein Erdbeerjoghurt im Schnitt 3.500 km weit, bis er auf den Tisch des Kunden gelangt ([14], S. 150) -, sie wird auch die aus einem unkontrollierten Freihandel resultierenden Konzentrations- und Globalisierungszwänge entschärfen, die heute die Gestaltungsmöglichkeiten der nationalen Demokratien einengen, und zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe beitragen. Die Energieverteuerung baut gewissermaßen ein dämpfendes, stabilisierendes Element in ein aufgrund seiner eigenen Hypereffizienz zum Überspringen neigendes System ein - ähnlich wie es die von den Globalisierungskritikern um Attac propagierte Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen im Bereich der Finanzmärkte beabsichtigt.

Indem die skizzierte Reform die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben vom Faktor Arbeit entkoppelt und auf eine breitere Grundlage stellt, ermöglicht sie es, die Wachstumsabhängigkeit unseres Wirtschaftssystems zu überwinden und politische und gesellschaftliche Entscheidungsfreiheit zurückzugewinnen. Wie allenthalben zu beobachten, unterliegt die Politik derzeit mannigfachen teils vorgeschützten, vielfach aber doch sehr realen „Sachzwängen“; Erich Fromm charakterisierte unsere Lage bereits 1955 mit dem Emerson-Zitat „Die Dinge sitzen im Sattel und reiten die Menschheit.“ [4] Meist werden diese Sachzwänge von dem Bemühen diktiert, Arbeit um beinahe jeden Preis zu schaffen oder zu erhalten: Rüstungsexporte werden mit dem Arbeitsplatzargument genauso gerechtfertigt wie das übereilte Durchpeitschen neuer, in ihren Auswirkungen noch völlig unübersehbarer Technologien wie etwa der Gentechnik. Das verzweifelte Hoffen auf den dringend benötigten „Innovationsschub“ beraubt uns der Freiheit, in Ruhe erst einmal die Chancen und Risiken abzuwägen und ethische Probleme eingehend zu diskutieren. Stattdessen müssen wir dem „Fortschritt“ hinterherhecheln, um nur ja nicht den Anschluss zu verpassen. Bedenken hiergegen werden mit exakt dem Argument beiseite gewischt, mit dem in dem Film „Der Pate“ ein Mafioso auf Vorbehalte seines Bosses gegen die Beteiligung am Heroin-„geschäft“ geantwortet hat: „Wenn wir da nicht einsteigen, dann tun es die anderen.“ In einer auf die skizzierte Weise von ihrer Wachstumsabhängigkeit geheilten Wirtschaft

werden derartige Sachzwänge weitgehend entfallen; die Gesellschaft gewinnt die Freiheit zurück, erst einmal für sich selbst zu definieren, was sie als Fortschritt erachtet und umsetzen will und was nicht, und sodann einen entsprechenden Entwicklungspfad anstelle des monotonen und phantasielosen „Wachstumspfad“ einzuschlagen; oder ist das wirklich noch Fortschritt, der uns zu seinem Gefangenen macht, wenn wir ihm nicht schnell genug folgen auf dem Weg „aufwärts“?

Wie wir gesehen haben, rühren die momentanen Krisenerscheinungen und Sparzwänge nicht daher, dass zu wenig erwirtschaftet würde, sondern daher, dass der Transmissionsmechanismus für die Verteilung des Erwirtschafteten nicht mehr richtig

funktioniert. Es ist daher nicht nötig, die Wirtschaft mühsam immer weiter anzukurbeln; vielmehr genügt es, den so schnell wie nie zuvor, aber in falscher Richtung fahrenden Wirtschaftstanker wieder auf den richtigen Kurs zu legen. Umsteuern durch Energiesteuern heißt daher das Gebot der Stunde!

Literaturverzeichnis:

- [1] Ayres, Robert; Warr, Benjamin: Accounting for growth: the role of physical work, in: Reappraising Production Theory, Workshop of the Max Planck Institute for Research into Economic Systems, Jena 2001
- [2] Boxberger, Gerald; Klimenta, Harald: Die 10 Globalisierungslügen, dtv, München 1998
- [3] Frenkel, Michael; Hemmer, Hans-Rimbert: Grundlagen der Wachstumstheorie, Vahlen, München 1999
- [4] Fromm, Erich: Wege aus einer kranken Gesellschaft, dtv, München 1955
- [5] Grahl, Jürgen: Wachstumsfetischismus, Solarbrief 1/03 (2003), S. 15-26
- [6] Grahl, Jürgen: Vom Elend der konventionellen Wirtschaftstheorien Oder Die Vernachlässigung d. Produktionsfaktors Energie, Solarbrf 4/03, S.22-30
- [7] Grahl, Jürgen: Stromsteuerbefreiung für regenerative Energien? Solarbrief 3/01 (2001), S. 24-26
- [8] Grahl, Jürgen; Kümmel, Reiner: Produktionsfaktor Energie - Der stille Riese; in: Energie & Zukunft 1 (2006), S. 4-23
- [9] Kümmel, Reiner: Energie und Kreativität, Teubner, Leipzig 1998
- [10] Kümmel, Reiner; Henn, Julian; Lindenberger, Dietmar: Capital, labor, energy and creativity: modeling innovation diffusion, in: Structural Change and Economic Dynamics 13 (4) 2002, 415-433
- [11] Lindenberger, Dietmar, Eichhorn, Wolfgang; Kümmel, Reiner: Energie, Innovation und Wirtschaftswachstum, Zeitschrift für Energiewirtschaft 25 (2001), S. 273 - 282
- [12] Martin, Hans-Peter; Schumann, Harald: Die Globalisierungsfalle, Rowohlt, Reinbek 1998
- [13] Schmid, Jörg; Lindenberger, Dietmar; Kümmel, Reiner: Energy, Economic Growth and German Reunification, in: Advances in Energy Studies - Reconsidering the Importance of Energy (S. Ulgiati et al. eds.), SGE, Padova 2003, S. 119-124
- [14] Weizsäcker, Ernst Ulrich von; Lovins, Amory und Hunter: Faktor Vier: Doppelter Wohlstand - halbiertes Naturverbrauch, Droemer Knauer, München 1995
- [15] Bundesministerium der Finanzen, Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten im Kalenderjahr 2002
- [16] Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Einnahmen und Ausgaben des Staates
- [17] Deutscher Bundestag: Sozialleistungsquote ist im letzten Jahr leicht angestiegen, Internet-Veröffentlichung 2002

G 8058

Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt

Absender:

**Solarenergie-Förderverein
Deutschland e.V. (SFV)**
Bundesgeschäftsstelle
Herzogstraße 6
52070 Aachen



Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit - Aber wie?